

03 | März 2015

Attersee. REPORT

„Im Schatten des Orients“

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt
Abendland als Abschiedsland

Buntheit - Eine Botschaft ohne Reiz

Bilanz eines politischen Tabubereichs
Das Soll und Haben der Zuwanderung

Norbert van Handel
Wo bleibt die Empörungsdemokratie?

Die gefesselte Meinungsfreiheit

Ernst Reif
Umstieg zur Bescheidenheit

Für Sie gelesen
Die letzten Tage von Europa - Ein Kontinent verändert sein Gesicht

Tätigkeitsbericht des Atterseekreises

Zeitfragen - Perspektiven - Impulse

attersee kreis frei denken

Inhalt

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt Abendland als Abschiedsland.....	Seite 5
 Buntheit - Eine Botschaft ohne Reiz	Seite 12
 Bilanz eines politischen Tabubereichs Das Soll und Haben der Zuwanderung	Seite 13
 Norbert van Handel Wo bleibt die Empörungsdemokratie?	Seite 16
 Die gefesselte Meinungsfreiheit	Seite 21
 Ernst Reif Umstieg zur Bescheidenheit	Seite 26
 Für Sie gelesen Die letzten Tage von Europa - Ein Kontinent verändert sein Gesicht	Seite 31
 Tätigkeitsbericht des Atterseekreises	Seite 33

IMPRESSUM

Medieninhaber: Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee ■ Herausgeber: Komm.Rat. Alois Gradauer
■ Medien-Management: Gert Bachmann ■
Alle: Blütenstraße 21/1, A-4040 Linz/Donau, Tel.: (0732) 736426, E-Mail: verein@atterseekreis.at ■
Redaktionelle Gestaltung: Andreas Kirschhofer-Bozenhardt, Gaferlweg 3; A-4073 Wilhering, Tel.: (07226) 4002-43,
E-mail: kirschhofer@drei.at
Fotos sofern nicht gekennzeichnet: Fotolia.com / Pixelio.de / Wikipedia

NAbg. a. D. KommR Alois Gradauer Präsident des Atterseekreises

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

jedes Produkt, jede geistige Leistung, jede politische Entscheidung hat ihre Vorgeschichte. Die Vorgeschichte dieses Attersee Reports besteht darin, daß er ursprünglich mit einem anderen Schwerpunktthema geplant war, nämlich der Betrachtung des heutigen Bürgertums und seiner politischen Erscheinungsform. Es wäre dies eine logische Fortsetzung der vorangegangenen Ausgabe gewesen, die sich mit den Merkmalen der heutigen Eliten beschäftigt hatte.

Das Generalthema des letzten Attersee Reports ist in unserem Bezieherkreis auf ein außerordentlich großes Interesse gestoßen. In den zahlreichen Rückmeldungen und Kommentaren, die wir dazu erhielten, wurde besonders häufig auf die Mängel der politischen Elite Bezug genommen. Der Ärger entzündete sich dabei nicht so sehr an einem moralischen Versagen, als vielmehr an der Ideenlosigkeit, Entscheidungsscheu, geringen Standfestigkeit, allerdings auch an der mangelnden Sachkompetenz der in den politischen Obergeschossen angesiedelten Entscheider.

Die Art der Reaktionen und die inspirierenden Argumente ließen keinen Zweifel an der Qualität unseres Leserkreises. Zugleich bestärkten uns die Publikumsreflexe in der Absicht, den Schwächen in unserem demokratischen System und Parteiwesen konsequent nachzuspüren. Ich darf mich in meiner Funktion als Präsident des Atterseekreises an dieser Stelle sehr herzlich für die Aufmerksamkeit und die Zustimmung bedanken, die unserer unabhängig gestalteten Publikation bisher entgegengebracht wurde.

Indessen hat sich die Redaktion entschlossen, das Hauptgewicht der vorliegenden Ausgabe auf zwei Probleme zu legen, die durch die Schüsse auf die Pariser Satiriker

in tragischer Weise Tagesaktualität erhielten, in ihrer langfristigen Bedeutung aber wahrscheinlich immer noch unterschätzt werden. Es ist zum einen die durch die Massenzuwanderung beginnende Verformung unserer Gesellschaft und zum anderen die Freiheit, offen darüber zu reden.

Wie wenig selbstverständlich die freie Rede über die Zuwanderung trotz der ständig beschworenen Meinungs- und Pressefreiheit ist, erwies sich unlängst an einer Rüge, die der Österreichische Presserat einer Tageszeitung erteilte, nachdem sie in pointierter Form über einen „Aufstand der Flüchtlinge in Kärnten“ berichtet hatte. Die gemäßregelte Zeitung hatte geschrieben, „sie reisten ab, weil sie Luxus, WLAN und Steckdosen vermißten“. Für den Presserat war das ein ausreichender Grund, darin eine pauschale Verunglimpfung der Asylsuchenden und einen Verstoß gegen den Ehrenkodex der Presse zu sehen.

Das Selbstkontrollorgan der Medien funktioniert als politische Sittenwacht offenkundig sehr gut. Was die Rüge mit Meinungsfreiheit zu tun hat, steht freilich auf einem anderen Blatt.

Der Attersee Report wird sich ungeachtet der links-grünen Medienkontrolle nicht davon abhalten lassen, auf sachliche Art und faktenorientiert das zu sagen, was zum Wohle unserer Gesellschaft gesagt werden muß.

Mit besten Grüßen,

KR Alois Gradauer
Präsident des Atterseekreises



Liebe Leserin, lieber Leser,

in Europa gibt es derzeit mindestens vier Brandherde, die es in sich haben, unsere rot-weiß-rote Insel der keineswegs mehr ganz Seligen in Mitleidenschaft zu ziehen. Am explosivsten ist weiterhin das Ukraine-Problem. Hoch züngeln die Flammen um Griechenland. Brandgeruch ist zu vernehmen um das Freihandelsabkommen mit den USA. Einem Schwelbrand gleicht die Völkerwanderung aus Afrika und dem Nahen Osten in Richtung der europäischen Wohlstandsländer. Es ist dies zugleich der am schwersten zu löschende, weil nicht durch Verträge beseitigbarer Gefahrenherd. Hier helfen keine diplomatischen Instrumente, keine Konferenzen, sondern nur breit gefächerte Maßnahmen, an deren Anfang die Bewußtseinsbildung stehen muß. Eine solche hat bisher noch nicht stattgefunden. Sie wird sogar auf sträfliche Weise unterdrückt. Politische Entscheider, aber auch die christlichen Kirchen verweigern sich der durch Fakten untermauerten Erkenntnis, daß eine Entwicklung im Gange ist, deren Auswirkungen mit jedem Jahr irreversibler zu werden droht.

Die unübersehbar große Schar von Menschen, die im Bettlergewand nach Norden drängt, bewirkt bei nüchterner Betrachtung eine Art von Neo-Kolonisation Europas, die einen Gegensatz zu den historischen Prozessen im 19. Jhrt. bildet. Was dem nicht nur der Rede nach alten, sondern auch biologisch vergreisenden Kontinent droht, ist eine schleichende Veränderung seiner Identität, eine Archaisierung der Zivilisation bei (noch) hohem Wohlstand, das Entstehen von Subkulturen und nicht zuletzt das Entstehen eines Subproletariats.

Zuwanderung und schrankenlose Aufnahme von Asylanten ist ein Problem, das bisweilen mit bizarren Argumenten verfochten wird. Die deutsche Grün-Politikerin Künast schwärmte beispielsweise davon, mit den Ankömmlingen aus fernen

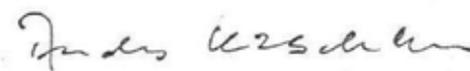
Ländern ein gemeinsames Geschichtsbewußtsein aufzubauen. Schließlich seien Gastarbeiter ja auch am Wiederaufbau, dem „Wirtschaftswunder“ nach dem 2. Weltkrieg beteiligt gewesen. Damit begänne die Geschichtsschreibung also mit 1945. Eine nicht gerade originelle Idee.

Wie ließen sich übrigens die Geschichtsbilder von Österreichern und Türken harmonisieren? Dürfen wir uns noch der zweimaligen Verteidigung Wiens gegen die Osmanen erfreuen und stolz sein auf des Prinzen Eugens Siege bei Belgrad und Peterwardein, da der Halbmond, wie ausgerechnet christlichsoziale Politiker behaupten, ohnehin zu uns gehört? Sollen wir uns umgekehrt mit Suleiman II. über seinen Sieg von Mohacs und die Unterwerfung halb Ungarns freuen? Und welches Maß an Identifikation erwarten wir umgekehrt von den zuwandernden Orientalen mit den Großen der europäischen Kultur- und Geistesgeschichte, vor allem mit den großen Aufklärern ?

Man sieht, die Problematik der Integration geht weit über die rein sprachliche Anpassung hinaus. Der Attersee-Report hat es im vollen Bewußtsein der thematischen Uferlosigkeit unternommen, einige Fragen anzuleuchten, die nach Eindruck der Redaktion in der Diskussion zu wenig zur Geltung kommen, oder sogar einem stillschweigenden Tabu unterworfen sind. Ergänzend dazu darf ich Sie auf den Beitrag zu einem Problem aufmerksam machen, das uns in Zukunft zunehmend beschäftigen wird, nämlich die Wachstumsziele in einer Zeit, in der die materiellen Wachstumsmöglichkeiten immer mehr an ihre Grenzen stoßen.

Wir hoffen, unseren Lesern mit dieser Ausgabe ein paar brauchbare gedankliche Impulse bieten zu können.

Herzlichst,





ABENDLAND ALS ABSCHIEDSLAND

von Andreas Kirschhofer-Bozenhardt

Historische Entwicklungen beginnen häufig mit einem Paukenschlag. Das zu Jahresbeginn in der Pariser Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ angerichtete Blutbad wird, wie sich abzeichnet, immer mehr zum Symbol eines epochalen Ereignisses. Die Welt von heute ist nicht mehr die vor dem 7. Jänner. Das Abendland, so scheint es, wankt hilflos, orientierungslos und glaubenslos einem Fin de Siecle entgegen. Abendland als Abschiedsland?

Was Europa nach den Schüssen auf die Karikaturisten zunächst zusammenschweißen schien, war ein rauschhaftes Übereinstimmungserlebnis von Trauer, Empörung, allerdings auch purer Angst vor einer lauernden, schwer greifbaren Gefahr, der man mit Treueschwüren und pathetischen Gesten der Solidarität zu begegnen versuchte. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel schwärmte rückblickend: „*Es war wunderbar, sich mit den vielen Menschen auf den Straßen und Plätzen einig zu fühlen.*“

■ Der Vergleich zu nine-eleven

Die Erinnerung an die Zerstörung des World Trade Center in New York am 11.9.01 drängt sich auf. Die Amerikaner haben damals anders auf den Angriff aus

der islamischen Welt reagiert, als die Europäer. Offensiver, aggressiver, härter. Von Schurkenstaaten und einer Achse des Bösen war die Rede. Die Weltmacht wollte Rache und schritt bald darauf, im März 2003, dem Beginn des dritten Golfkriegs, zur Tat. Erklärtes Ziel der USA war es, dem Terrorismus in der ganzen Welt mit militärischen Mitteln zu begegnen. Die Triebfeder ihres Handelns bestand (abgesehen von den ungerne diskutierten wirtschaftlichen Eigeninteressen) im missionarischen Eifer zur Weltverbesserung, der festen Überzeugung von der Überlegenheit der eigenen Lebensart und einem ganz allgemein strotzenden Selbstbewußtsein, das Europa fehlt.

Der Verlauf des Irakkrieges schien den USA vorerst Recht zu geben. Schon am 1. Mai 2003 konnte George W. Bush an Bord des Flugzeugträgers Abraham Lincoln erklären, der Sturz Saddam Husseins sei ein Sieg in einem Krieg gegen den Terror, der am 11.9.2001 begonnen hatte. Die stolze Botschaft des US-Präsidenten entpuppte sich jedoch, wie man inzwischen weiß, als eine profunde Fehleinschätzung der Situation. Der Krieg ging infolge des totalen Mißlingens der Diplomatie und der Unmöglichkeit, der rivalisierenden Stämme und Religionen im Nahen Osten Herr zu werden, schon bald wieder weiter und schlug sich zehn Jahre



nach seinem Ausbruch in einer traurigen Bilanz nieder: 110 000 getötete Iraker, 4 800 getötete Soldaten der Invasionstruppen, 16 000 vermißte Menschen, 60 Milliarden Dollar Aufbaumittel, 1000 Milliarden Dollar Kriegskosten für die USA. Nicht berücksichtigt sind in dieser unvollständigen Zwischenbilanz die Verluste und Kosten beim Bemühen, das Vordringen der Terrormiliz der IS zu stoppen.

■ Die ganz große Drängelei steht uns noch bevor

Man könnte sich als Zentraleuropäer trotz des schrecklichen Geschehens vor der Haustür unseres Kontinents getrost zurücklehnen, wenn da nicht ein Nebeneffekt entstanden wäre, der uns unmittelbar betrifft und immer mehr eine schicksalhafte Bedeutung für unseren Kulturkreis erhält. Es sind die massiv ansteigenden Flüchtlingsströme samt ihren noch immer unterschätzten Nebenwirkungen und Spätfolgen für unsere nationale Existenz. Viele der über das Mittelmeer oder den Balkan nach Zentraleuropa strömenden Zuwanderer suchen nämlich hauptsächlich in den Wohlstandsländern wie Deutschland und Österreich ihre dauerhafte Bleibe. Und das ist, wie sich die Kenner der Szene einig sind, erst der Anfang. Die Zuwanderung zu uns ist, im krassen Gegensatz zu 1945 oder nach dem ungarischen Aufstand (1956), diesmal zeitlich unbegrenzt. Angesichts der total zerrütteten Lage in Irak, Syrien und Nordafrika gilt es als sicher, daß noch Jahrzehnte hindurch Flüchtlinge nach Europa strömen werden, ohne daß eine Chance besteht, dem Zerfall dieser Zonen Einhalt zu gebieten. Die Völkerwanderung aus dem Nahen Osten und Afrika wird sich in Zukunft verstärken, statt sich abzuschwächen. Die ganz große

Drängelei steht uns noch bevor.

Man kann es drehen und wenden wie man will – wir sind infolge der Massenwanderung mit einer Islamisierung konfrontiert und müssen darauf Antworten finden.

■ Begegnung mit dem Orient einst und jetzt

Schon zweimal zuvor in der Geschichte -1529 und 1683 - war Österreich Anstürmen aus dem Morgenland ausgesetzt und sogar dazu berufen, den alten Kontinent vor den Osmanen zu retten. Damals bestand das Problem darin, den reitenden, plündernden und sengenden Angreifern militärisch zu widerstehen. Was es zu verteidigen galt, war die christliche Religion und das Abendland. Das ist dank einer tapferen, aufopfernden Bevölkerung, tüchtigen Feldherrn und der Unterstützung durch andere Nationen auch gelungen.

Die Art und Weise, wie Konflikte damals angegangen wurden, war freilich merklich unkomplizierter als heute. Als der türkische Großwesir die belagerten Wiener vor knapp 350 Jahren vor die Wahl stellte: *“Entweder Islam oder Tribut, sonst werdet ihr unserem Schwert überlassen“*, bekam der Parlamentär vom Verteidiger der Stadt, dem Grafen Starhemberg, den knappen Bescheid, sich wegzuscheren, sonst werde man ihn über den Haufen schießen.

Diesmal ist die Situation ganz anders. Heute haben wir es nicht mehr mit militärischen Eroberern zu tun, die vor unseren Toren farbenfrohe Zelte aufgeschlagen und ihre Ochsen braten, sondern mit Menschen, die von Armut gezeichnet sind und Hilfe benötigen. Wir breiten in der Tradition unseres Verhaltens weit unsere Arme aus, geben ihnen Unterkünfte und Brot, kümmern uns um ihre Gesund-



heit, lassen sie teilhaben an unserem Sozialsystem und hoffen insgeheim, daß sie sich als Gäste benehmen, die die Ordnung des Hauses respektieren und sich an unsere Wertvorstellungen und Spielregeln anpassen werden.

Genau das ist der Haken, denn die Hoffnung der österreichischen und deutschen Stammbevölkerung auf die Anpassungsbereitschaft der Zuwanderer aus dem Orient hat sich bisher keineswegs erfüllt. Ein erheblicher Teil der Flüchtlinge oder Asylsuchenden aus dem Morgenland scheint nicht zu akzeptieren, daß in Europa die demokratischen Verfassungen gelten, nicht aber die Scharia oder der Koran. Die Einheimischen spüren das und erkennen mit Schrecken, daß das, was sich jetzt bei uns tut, nicht mehr das ist, was man haben möchte.

■ Der Zahlenspiegel der Meinungen

Die dissonanten Gefühle spiegeln sich sehr klar in den demoskopischen Befunden wider. Nach einer vom *Standard* publizierten Umfrage fürchten 50 Prozent der Österreicher, daß der Islam bestrebt ist, die österreichische Bevölkerung zu verändern. Ebenso viele betrachten ihn als eine Gefahr für unsere Kultur. 66 Prozent fordern, daß sich die Muslime vom Islamischen Staat (IS) distanzieren; jeder zweite Bürger nimmt an, daß die Terrororganisationen viele Anhänger in Österreich haben.

In Deutschland herrscht schon seit langem ein verbreitetes Unbehagen gegenüber der massiven Zuwanderung. Fast die Hälfte der Bevölkerung hatte, wie das Münchner IMAS-Institut ermittelte, bereits vor fünf Jahren das Gefühl, daß es in ihrer Wohngegend zu viele Zuwanderer gibt. Nur ein knappes Viertel hatte ein ungetrübtes Bild von den zugezogenen Ausländern; die Mehrheit berichtete über ei-

nen überwiegend nachteiligen Eindruck. Die faktische Nähe zu Ausländern im eigenen Wohnbereich führt zu Abwehrhaltungen: Personen, die im Umfeld vieler Zuwanderer leben, fühlen sich an ihrem Wohnort nachweisbar weniger wohl als solche, die nur wenige Fremde um sich haben. Genau ein Drittel der Deutschen ist überzeugt: „Die Zuwanderung verdrängt immer mehr die deutsche Lebensweise“.

Im letztgenannten Befund liegt eine wesentliche Erklärung für den Erfolg der von Medien und Politik mit allen

Mitteln bekämpften Pegidabewegung. Was bis in die jüngste Vergangenheit hinein so viele Menschen auf die Straßen trieb, ist nicht geifernder Fremdenhaß, sondern die schlichte Angst, als Deutsche in Deutschland eines Tages nicht mehr wie Deutsche leben zu dürfen.

■ Die Realitätsnähe der Ängste

Daß ein sehr großer Teil der Deutschen von solchen Ängsten getrieben wird, hat ganz konkrete Ursachen im Alltagsleben, die von Insidern wie dem Berlin-Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) beschrieben wurden. Schönredner der Zuwanderung wollen es nicht wahrhaben, daß es in Deutschlands Großstädten bereits Bereiche gibt, die nicht mehr unter der Kontrolle des Staates stehen, in denen die Polizei, wie ein Kriminalbeamter beklagte, jeden Respekt verloren hat und die Bewohner ihre eigene Sharia-Justiz praktizieren.

Wie weit die Erosion der eigenen Lebenswelt bereits vorangeschritten ist, wird auch durch konkrete Überlegungen im Bundesland Niedersachsen erkennbar,

Apropos:

„Das Volk versteht das meiste falsch, aber fühlt das meiste richtig.“

Kurt Tucholsky



wo der sozialdemokratische Ministerpräsident Stephan Weil allen Ernstes an die Einführung eines islamischen Feiertags anstelle eines christlichen denkt. Im Saarland wird man im kommenden Schuljahr islamischen Religionsunterricht in den Schulen anbieten. Das von türkischen Ministerpräsidenten Erdogan angestrebte Ziel, in der Bundesrepublik eine türkische Exklave zu bilden, macht augenscheinlich gute Fortschritte. So gesehen, muß man Angela Merkels Aussage: „*Der Islam gehört zu uns*“ allmählich in der umgekehrten Lesart als „*Wir gehören zum Islam*“ zur Kenntnis nehmen. Auch Joachim Gaucks Botschaft „*Die Welt rückt zusammen*“ hat eher den Charakter einer Drohung als einer Verheißung.



Was der „edle Ritter“ Prinz Eugen damals blutig unterband, nämlich die Islamisierung Europas, wird heute wohlwollend und von eigener Hand vorangetrieben.

Was Merkel, Gauck und andere Verkündiger einer harmonisierenden Mischmaschgesellschaft bisher erreicht haben, sind vor allem Spaltungen: zwischen der Gesamtbevölkerung, aber auch innerhalb der eigenen Parteien. Kennzeichnend für die Situation ist überdies die Spaltung der Gesellschaft in eine ständig wachsende Gruppe mit säkularer Denkweise und der Fraktion von Menschen mit christlicher Grundhaltung, die sich von ihren Kirchen im Stich gelassen fühlen. Was mußte sich beispielsweise ein Kölner Christ denken, als er aus der FAZ erfuhr, daß einem katholischen Priester von seinem Bischof die Predigtbefugnis entzogen wurde, weil er an einer islamkritischen Demonstration teilgenommen und dabei auch das Wort ergriffen hatte. Dabei hatte er in der Öffentlichkeit nichts anderes kundgetan als seine Betrübnis darüber, daß seine katholischen Kollegen aus Protest gegen Pegida das Licht am Kölner Dom abgeschaltet haben, „nur weil Menschen friedlich zusammenkommen und still gegen die Islamisierung Europas protestieren.“

Das Licht, das der Klerus vor friedfertigen und christlich gesinnten Demonstranten abgeschaltet hat, ist den Kirchenfürsten noch nicht wieder aufgegangen. Der Klerus täte zur Harmonisierung seiner Gemeinde gut dran, wieder zum Kreuz, statt zum Halbmond zu kriechen.

■ Islam aus der Sicht der Österreicher

Österreichische Studien jüngerer Datums bestätigen im großen und ganzen die Reflexe der deutschen Bevölkerung. Mit einem speziellen Problemaspekt beschäftigte sich das IMAS, als es den subjektiv empfundenen Unterschieden zwischen der europäischen Wirklichkeit und den Verhältnissen in islamischen Ländern nachspürte.

Was die Österreicher ihrem Land ungleich häufiger zuschreiben als einem Staat islamischer Prägung sind gute Schulen und Universitäten, Wohlstand für den Großteil der Bewohner, Demokratie, Fortschrittlichkeit, sowie Persönlichkeitsrechte und Freiheit der Bürger. Rund zwei Fünftel der Bevölkerung attestieren der eigenen Zivilisation überdies größere Gleichheit vor dem Gesetz, Toleranz gegenüber Andersgläubigen sowie Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe.

Ganz und gar anders als die eigene Wirklichkeit beurteilt die einheimische Bevölkerung ein Land islamischen Zuschnitts. Als besonders charakteristisch für einen orientalischen Staat empfindet man die unterschiedlichen Rechte der Geschlechter, Sittenstrenge, Rückständigkeit, Unduldsamkeit gegenüber Andersdenkenden, ein weites Auseinanderklaffen von Arm und Reich, aber auch Korruption.

Bedeutsam im Hinblick auf die Zuwanderung ist die Tatsache, daß der Islam von der weit überwiegenden Zahl der Österreicher nicht einfach als eine unterschied-

liche Kultur, sondern als eine Bedrohung unserer Lebensform eingeschätzt wird. Mindestens jeder Zweite gab schon 2010 zu, sich vor dem Islam zu fürchten.

milieren?“ – „Warum will die Regierung ein Islamgesetz, obwohl es von allen Muslimen verurteilt wird?“

Noch ein anderes Befragungsergebnis hatte Gewicht: Rund sieben von zehn Österreichern beklagten sich darüber, daß sich die zugewanderten Moslems unserer „Hausordnung“ nicht anpassen. Eine Bestätigung für diese Ansicht lieferten Fragen, die islamische Studenten kürzlich an den Minister Kurz richteten: *„Wie schafft man es, zu integrieren, ohne sich zu assi-*

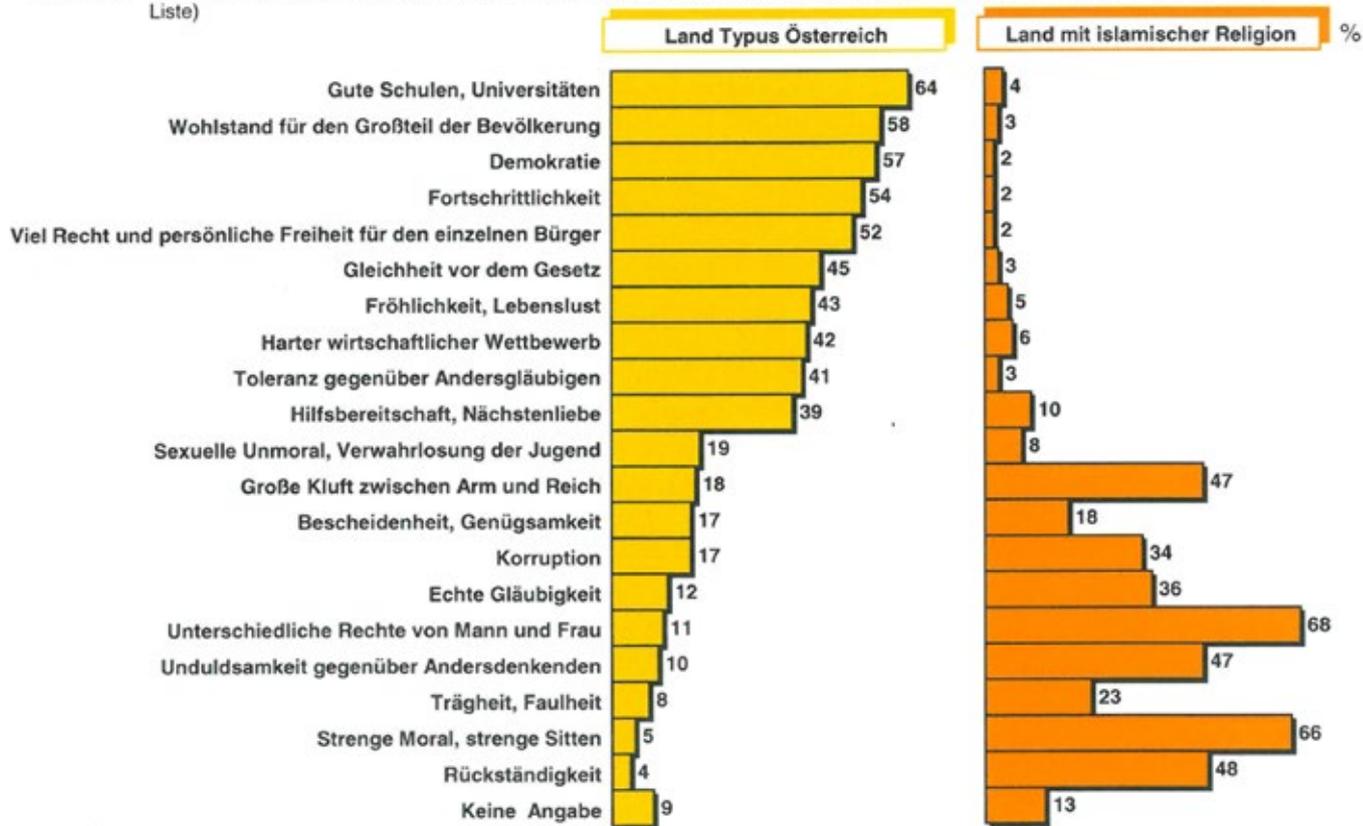
■ Dschihadisten als Vorbilder

Es ist eine Illusion, zu glauben, die geringe Assimilationsbereitschaft von islamischen Zuwanderern würde sich auf die Erwachsenen beschränken und nicht auch für deren Kinder gelten. Eine solche Hoffnung zerstiebt sehr schnell, wenn man vernimmt, daß sich österreichische

Vergleich zwischen christlichen und islamischen Ländern

FRAGE 6: "Die Lebensweise in einem westlichen Land mit christlicher Religion und einem östlichen Land mit islamischer Religion ist ja recht verschieden. Bitte nennen Sie von dieser Liste alle Punkte, die Ihrer Meinung nach auf ein westliches Land wie Österreich besonders gut passen." (Vorlage einer Liste)

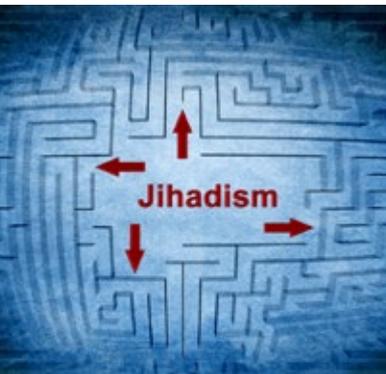
FRAGE 7: "Und was von dieser Liste passt Ihrem Gefühl nach besonders gut auf ein Land mit islamischer Religion?" (Vorlage einer Liste)



Lehrerinnen von islamischen Buben in der Schule anhören lassen müssen: „Von einer Frau laß ich mir nichts sagen“, oder wenn islamische Eltern ihre Kinder vom Musikunterricht abmelden, weil christliche Lieder im Gesangsbuch stehen.

Besonders schockierend ist die Beobachtung von Pädagogen, daß die Dschihadisten von Schülern orientalischer Herkunft insgeheim heroisiert und bewundert werden. Eine Wiener „Schulexpertin“ meinte in diesem Zusammenhang, den Burschen fehlten Vorbilder. Ihre abenteuerliche Therapie: Mehr türkische und arabische Lehrer sollten in die Klassenzimmer. Ein Kapitel für sich ist die geringe Sprachkenntnis der Kinder aus Zuwandererfamilien. In der Stadt Traun haben fast 87 Prozent der Schüler einen Migrationshintergrund. Der Großteil von ihnen kann zu wenig Deutsch.

■ Graubereiche zwischen Islam und Islamismus



Natürlich darf man nicht alles über einen Kamm scheren. Die Grenzen zwischen Islam und Islamismus, zwischen gewaltbereiten, fanatischen Dschihadisten und „guten“, friedfertigen Liberalen sind allerdings fließend. Zwischen beiden Extremen gibt es, wie es Hans Christoph von Rohr in der FAZ beschrieb, jede Menge Graustufen. Es gibt gläubige Muslime, die zwar Gewalttaten entschieden ablehnen, sich aber doch etwas mehr Scharia im Lande wünschen, solche, die Kritik an Mohammed mit dem Strafrecht geahndet sehen wollen und jene, die die Freiheit ihrer Ehefrauen, Schwestern und Töchter nicht oder nur eingeschränkt akzeptieren. Vermutlich bewegt sich in diesem Graubereich die Mehrheit der Muslime.

Inzwischen ist, - ob gewünscht oder nicht - in vielen europäischen Ländern eine Leitkulturdebatte in Gang gekommen. Sie wird anderswo, wie etwa in Großbritannien, weniger zimperlich geführt als bei uns. Im Königreich forderte der Premierminister Cameron, in den Schulen die „british values“ stärker zu vermitteln. Das ist eine Idee, die weder Werner Faymann, noch Reinhold Mitterlehner, und schon gar nicht den Grünen in den Sinn käme.

Was meinte der ÖVP-Chef übrigens mit seinem von Christian Wulff und Frau Merkel abgekupferten Satz: „Der Islam gehört zu uns“? Soll das heißen, daß dann auch der Koran zu uns gehört? Schließlich gibt es ja keinen Islam, der sich nicht auf den Koran bezieht. Betrachtet Mitterlehner die bekanntermaßen gewalttätigen Inhalte des Koran als in Einklang stehend mit unserer Verfassung und der Menschenrechtserklärung der UNO?

■ Kritische Ausblicke

Daß die Massenzuwanderung von Menschen aus extrem artfremden Kulturen eine enorme Belastung darstellt, kann inzwischen von niemand bestritten werden. Was auf dem Spiel steht, sind unsere Identität, unsere kulturellen Wurzeln und unsere Verhaltensnormen. Die gegenwärtige Gesamtsituation zwingt zu kritischen Anmerkungen:

- *Der Erfolg der Zuwanderungspolitik kann nicht allein an der Friedfertigkeit der Zuwanderer und ihrem Verzicht auf Radikalität und Gewalt gemessen werden;*
- *Aus dem Satz „Der Islam gehört zu uns“ darf sich keine Gleichwertigkeit der Rechtsauffassungen und des Normenverständnisses ableiten;*

- *Das Privileg, in Österreich zu leben und an unserem Sozialsystem teilzuhaben, bedingt ein kompromißloses Bekenntnis zu unserer Lebensform;*
- *Die christlichen Kirchen haben die Pflicht, die christlichen Glaubensinhalte zu verteidigen und Unvereinbarkeit mit den gewalttätigen Wesensmerkmalen des Koran zu artikulieren;*
- *Die von Medien und Vertretern des*

Mainstreams verbreitete Meinung, die Österreicher selbst seien das Hindernis für die Integration mit Zuwanderern aus islamischen Staaten, ist objektiv falsch, besitzt keinerlei Beweiskraft und widerspricht der Wirklichkeit;

- *Für unsere Politik und die christlichen Kirchen gilt die Richtschnur: „Etwas für Europa zu tun, heißt, eine Enteuropäisierung zu verhindern.“ ■*

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt

Andreas Kirschhofer Bozenhardt war zunächst am Instiut für Demoskopie in Allensbach im Führungskreis um Prof. Elisabeth Noelle tätig. In dieser Zeit u.a. Informationsberater der Deutschen Atlantischen Gesellschaft. 1972 Aufbau der Institutsgruppe IMAS International mit starken Akzenten auf Kommunikations- und Gesellschaftsforschung. Zahlreiche Publikationen



Apropos:



man darf den Zeitgeist nicht mit dem Fortschritt verwechseln.

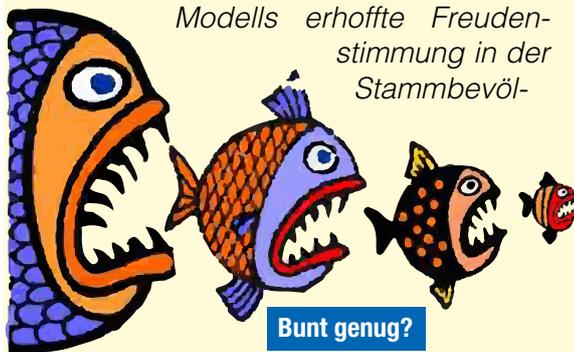


BUNTHEIT – EINE BOTSCHAFT OHNE REIZ

Farben haben einen Signalcharakter für Parteien und Denkweisen. Wenn von den Schwarzen, Roten oder Grünen die Rede ist, weiß man, um wen es sich dabei handelt. Neuerdings hat auch der Begriff „Buntheit“ Eingang in den politischen Diskurs gefunden. Er symbolisiert das Zusammenleben der einheimischen Bevölkerung mit zugewanderten Ethnien und das Mit- und Nebeneinander in einer multikulturellen Gesellschaft. Worin der große Reiz der ethnischen Buntheit liegen soll und was man darunter zu verstehen hat, bleibt der Phantasie überlassen. Vielleicht Sprachengewirr? Unterschiedliche Religionen? Unterschiedliche Pigmente, Typen, Kleidungen, Kopfbedeckungen? Verschiedenartige Musik, Speisen, Unterhaltungsgewohnheiten? Unterschiedliche Vorstellungen von Ehe, Familie, Erziehungsidealen? Unterschiedliches Verhalten im Geschäftsleben oder Rechtsempfinden?

Die Uneinheitlichkeit der Ethnien bedeutet unweigerlich auch die Uneinheitlichkeit von Interessen. Buntheit ist in Wirklichkeit nichts anderes als geballte Unvereinbarkeit.

Was zählt, ist, ob die sozialpolitisch verstandene Buntheit auch tatsächlich die von den Verfechtern dieses Modells erhoffte Freude-
stimmung in der
Stammbevöl-



kerung bewirkt. Die Ergebnisse einer vom Münchner IMAS-Institut durchgeführten demoskopischen Nachschau widerlegen eine solche Annahme sehr deutlich: Nur 13 Prozent unserer Nachbarn sind der Meinung, daß Deutschland in den letzten Jahrzehnten infolge der Zuwanderung „bunter und schöner“ geworden ist. Eine mit 33 Prozent ungleich größere Gruppe hat das bedrückende Gefühl, daß die eigene Lebensweise dadurch immer mehr verdrängt wird

Es ist ein törichtes Ritual, alle jene, die der multikulturellen Buntheit das Lob verweigern, dem automatischen Verdacht von Ausländerhaß oder faschistischer Gesinnung auszusetzen. Wer das tut, verkennt als Motivhintergrund die magische Kraft der Vertrautheit und die den Menschen innewohnende Sehnsucht nach Geborgenheit. Diese Sehnsucht erfüllt sich in einer vertrauten Welt, in die man hineingeboren wurde, erheblich besser als in einer anderen, deren Verhaltensweisen und Spielregeln mit dem Makel des Ungewohnten, Fremden und Unwägbar behaftet wird.

Ein Rückschluß im Hinblick auf die gegenwärtige Diskussion über das Für und Wider der Zuwanderung lautet: Buntheit eignet sich weder in Deutschland, noch in Österreich als politische Botschaft. Sie hat keinen Tiefgang und keine Breitenwirkung. Auch dann nicht, wenn der Begriff bei Veranstaltungen oder Festkonzerten im Kerzenlicht mit dem Nimbus des Sakralen, Weihevollen versehen wird.

- Aul -



DAS SOLL UND HABEN DER ZUWANDERUNG

Bilanz eines politischen Tabubereichs

Zuwanderungspolitik galt bis in die jüngste Vergangenheit hinein als ein verfeimter Themenbereich, in dem kritische Überlegungen rasch mit dem Stempel der Rechtsradikalität versehen wurden. Die Frage nach dem Nutzen der Zuwanderung konnte nicht gestellt werden, ohne bei den Verfechtern der multikulturellen Lebensform Verdacht zu erwecken und Unterstellungen zu provozieren. Man übersah dabei, daß die klassischen Einwanderungsländer USA und Australien die Nutzüberlegung an die Spitze ihrer Einwanderungspolitik stellten und den Eid auf die Verfassung sowie die Anpassung an die Spielregeln des Gastlandes geradezu kategorisch forderten.

Hierzulande und in Deutschland wird der Nutzen der Zuwanderung von den politischen Sprachkosmetikern ohne schlüssige Beweis als eine Selbstverständlichkeit angenommen. Die vermeintlichen Vorzüge der Zuwanderung werden nicht bewiesen, sondern deklamiert. Der CDU-Politiker Wolfgang Schäuble ließ seine Landsleute wissen: „Zuwanderung nützt allen“ und Zusammenleben mit den Asylanten verändere den Alltag meist zum Besseren. Tut sie das wirklich ?

■ Unreflektierte Willkommenskultur

Die moderne Völkerwanderung aus Kleinasien und Afrika in die westlichen Wohlstandsländer hat sehr unterschiedliche Gesichter und Perspektiven. Unterschiedlich sind auch die Betrachtungsweisen von Befürwortern und Skeptikern.

Die links-grünen Positionen, die auch von scheinbar bürgerlichen Blättern und der Caritas nachgebetet werden, münden in die unreflektierte Forderung einer Willkommenskultur gegenüber allen Menschen aus fernen, uns teilweise sehr fremden Ländern, ohne daß unterschieden wird, ob es sich dabei um schutzbedürftige Flüchtlinge aus Kriegsgebieten, oder aber um Personen handelt, die einfach am westlichen Wohlstand teilhaben wollen. Gern ins Treffen geführt wird der biologische Nutzen der Zuwanderer als Ausgleich für die zunehmende Überalterung der einheimischen Bevölkerung. Argumntiert wird in diesem Zusammenhang mit dem Nutzen für die Wirtschaft im Hinblick auf die jetzt reihenweise in Pension gehenden Fachkräfte. Besonders beliebt ist die Behauptung der deutschen und österreichischen Migrationsbefürwor-



Auch das findet man auf unseren Stadtmauern.

ter, daß man als reiches Land noch viel mehr Zuwanderer aufnehmen könne.

Kennzeichnend für die Verfechter der Zuwanderung ist ansonsten eine romantische Schwärmerei für ethnische Buntheit und das Nebeneinander unterschiedlicher Kulturen. Wer diesem Denkschema nicht entspricht, gilt als strafwürdig.

■ Die Positionen der Zuwanderungs-skeptiker

Die Gegner einer ungebremsten Zuwanderung, unter denen sich neben großen Teilen der Bevölkerung viele namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik befinden, untermauern ihre Vorbehalte hauptsächlich mit folgenden Argumenten:

- Bei der Zuwanderung wird kaum unterschieden zwischen echten Flüchtlingen aus Krisengebieten (Irak, Syrien, Afghanistan etc) und Asylanten (zumeist Nord- und Zentralafrikaner), die nur des Wohlstands wegen kommen;



Vom Schrecken des Krieges traumatisiert?

- Die Mehrheit der Zuwanderer ist nicht schutzbedürftig. Viele Zuwanderer geben sich als Flüchtlinge aus, sind aber Asylanten. (W.Bosbach, CDU am 17.12.2014 im ARD).
- Wir können nicht jeden aufnehmen, der bei uns leben möchte. Aus diesem Grund sollten sich die Anstrengungen auf Hilfe derer konzentrieren, die tatsächlich politisch verfolgt werden.

- Ein Großteil der Zuwanderer (insbesondere türkische) sind nicht anpassungs-

bereit und bilden Subkulturen in der Gesellschaft.

- Innerhalb der EU besteht in der Ausländerfrage keine Verteilungsgerechtigkeit. Viele EU-Partner kommen ihrer völkerrechtlichen Verpflichtung nicht nach. Wohlstandsländer wie Deutschland und Österreich sind überfordert, die humanitären Probleme der Welt zu lösen.
- Die Zuwanderer haben vielfach ein anderes Rechtsempfinden als die ansässige Bevölkerung und gefährden damit die öffentliche Sicherheit.

Den Herolden der Zuwanderung kann der Vorwurf nicht erspart werden, die Diskussion bisweilen mit gezinkten Karten zu bestreiten. Dies gilt vor allem für den behaupteten Migrationsnutzen. In Wirklichkeit sind die makroökonomischen Folgen der Zuwanderung, wie der Ökonom und Sprecher des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts, Prof.Thomas Straubhaar bekennt, wegen der Komplexität der Probleme nicht berechenbar.

■ Resümee und Ausblick

Beim Versuch, die gesellschaftspolitischen Folgen der Zuwanderung einzuschätzen, sind abseits der humanitären Überlegungen und völkerrechtlichen Pflichten folgende Parameter zu berücksichtigen:

- Es besteht nach Lage der Dinge eine tiefe mentale Kluft zwischen der einheimischen Bevölkerung und Zuwanderern, insbesondere solchen aus dem islamischen und afroasiatischen Bereich. Die Distanzgefühle der Österreicher sind frei von radikalen Haltungen. Anstelle von Synergieeffekten tendiert die Entwicklung dennoch eher zu ethnischen Fraktionsbildungen.

- Der Anteil der Ausländer an den Tatverdächtigen hat seit 1990 kontinuierlich zugenommen und lag 2012 mit 31 Prozent weit über dem Anteil der Österreicher an Rechtsverstößen.
- Die Arbeitslosenquote betrug 2013 in Österreich 7,6 Prozent, unter den hier ansässigen Ausländern lag sie bei 10,7 Prozent, also weit über dem Durchschnitt.
- Der volkswirtschaftliche Nutzen der Zuwanderung ist unwägbar, vermutlich aber gering. (Diese Ansicht deckt sich mit dem deutschen Ökonomen Hans Werber Sinn, der in der FAZ vorgerechnet hat, daß die Migranten dem Staat mehr kosten, als sie ihm bringen).
- Die berufliche Qualifikation der Zuwanderer liegt (abgesehen von der Minderheit der EU-Bürger aus Westeuropa) unter dem landesüblichen Standard. Insofern besteht ein gewisser Vorzug der Zugewanderten allenfalls in der Erfüllung einfacher Dienstleistungen und Tätigkeiten wie z.B. in den Bereichen Reinigung, Baugewerbe, Müllentsorgung, Gastgewerbe etc.
- Innovative Beiträge zum wirtschaftlichen

Aufschwung und zur Sicherung des österreichischen Leistungsniveaus im internationalen Wettbewerb sind von den Zuwanderern kaum zu erwarten. Positiv in Erscheinung treten Zuwanderer am ehesten im Sport, als Fußballer, Tischtennispieler, eingebürgerte Handballerinnen oder Schwimmerinnen.

- Der bevölkerungspolitische Nutzen der Zuwanderung wird vermutlich stark überschätzt. Wahrscheinlicher als die längerfristige Sanierung unserer Altersstruktur ist, daß die starke Zuwanderung und das Nachziehen der Familien unser soziales System zusätzlich belastet.



Die einheimische Bevölkerung fühlt sich von der Politik nicht mehr vertreten.

Alle geschilderten Umstände vermitteln letztlich den Eindruck, daß die Saugfähigkeit für die Aufnahme von Zuwanderern, insbesondere solchen aus afroasiatischen Zonen, ihre Grenze erreicht hat und daß eine weitere Zuwanderung die Lebensqualität der Bevölkerung empfindlich beeinträchtigen würde. ■





WO BLEIBT DIE EMPÖRUNGSDEMOKRATIE?

von Norbert van Handel

Mit staatstragender Mine verkündete Österreichs Vizekanzler Reinhold Mitterlehner am 19. Jänner 2015: „Der Islam ist ein Teil unserer Gesellschaft“. Dieses Postulat, mit dem Mitterlehner Frau Merkel kopierte, ist weder neu noch originell, aber es ist leider zutreffend. Nicht ganz 14 Tage später ermittelte das OGM – Institut, dass rund zwei Drittel der Bevölkerung die Integration von muslimischen Zuwanderern als nicht gelungen betrachten. Ähnlich viele erblicken in der Islamisierung eine reale Bedrohung. Weit mehr als die Hälfte der Österreicher empfindet die Maßnahmen gegen die Radikalisierung der Muslime als unzureichend.

Inzwischen konnte der aufmerksame Beobachter weitere Exekutionen der IS-Terroristen, zahlreiche, meist einseitige Stellungnahmen selbsternannter Fachleute zum Islam und vor allem die nur noch als kindisch zu bezeichnenden Unmutsäußerungen gegen den Ball einer demokratischen Partei in Wien erleben, die als einzige das Problem der Islamisierung erkannt zu haben scheint. Vergebens erhofft man sich seitens des Vizekanzlers Vorschläge, welche Maßnahmen er plant,

um die Ängste der Bevölkerung zu mindern, vor allem aber, um die unablässig steigende Islamisierung Österreichs und Europas in Schranken zu halten. Allein in Österreich stieg die Zahl der Muslime von 80.000 (1982), auf 500.000! (heute).

Ein Blick über die Landesgrenzen hinweg vermittelt einen Eindruck davon, was die Stunde für den alten Kontinent bereits geschlagen hat: In Deutschland leben 3,6 Millionen Muslime, in Frankreich 5 Millionen. In Marseille wird geschätzt, dass in etwa 10 Jahren Muslime die größte Bevölkerungsgruppe sein werden. In Barcelona dürfte die Entwicklung ähnlich verlaufen. Auch Städte wie Amsterdam oder Rotterdam zeigen ein ähnliches Bild (in den Niederlanden, wo derzeit 1 Million Muslime leben, verdoppelte sich deren Zahl in den letzten 20 Jahren).

Es ist abzusehen, dass unser europäischer Kulturkreis in einigen Jahrzehnten islamisch dominiert sein wird, wenn die Fruchtbarkeitsraten in der Stammbevölkerung weiterhin so niedrig und bei den Islamisten so hoch bleiben wie jetzt. Erkennen Frau Merkel, die Kanzlerin des größten europäischen Staates und ihre Freunde das nicht, oder will sie nicht wahrhaben, dass Deutschland und natürlich auch

Österreich auf dem schnurgeraden Weg sind, Bestandteile einer islamischen Welt zu werden, wenn man nicht gegensteuert?

■ Wo bleiben die Zukunftsvisionen?

Angela Merkel, als politische Zentralfigur Europas und in ihrem Gefolge Herr Mittellehner, müssen sich die Frage gefallen lassen, ob sie visionäre Vorstellungen von Maßnahmen besitzen, die geeignet sind, die Menschen aus anderen Kulturen dort zu binden, wo sie hingehören. Wir denken dabei an Auffanglager im nordafrikanischen nahöstlichen Bereich, an die Schaffung von Arbeitsplätzen dort, an die Erzeugung von Alternativenenergien im Solarbereich, an das Fruchtbarmachen von Gebieten, die bereits vor 2000 Jahren landwirtschaftlich genutzt wurden u.a.m. Wo bleiben kreative zukunftsorientierte Ansätze, die, durchaus von Europa und Deutschland subventioniert, realisiert werden könnten?

Linksgrüne Moralphilosophen betonen ständig, dass der Islamismus nichts mit dem Islam zu tun hat. Zurecht argumentiert der deutsch-jüdische Publizist Henryk M. Broder, dass dies eine vorsätzliche Verkennung von Ursache und Wirkung wäre und meint dann, auf den Punkt gebracht: *„Noch witziger wäre es nur gewesen, wenn jemand den Zusammenhang zwischen Alkohol und Alkoholismus bestreiten würde!“*

Der Mitbegründer der Initiative liberaler Muslime in Österreich (ILMÖ) Amer Al-bayati bietet einen erschreckenden Einblick in die Weltanschauung zahlreicher Imame: *„Viele islamische Vereine radikalisiert sich zunehmend und importieren die Probleme ihrer Herkunftsländer auf Österreich.“*



Ein türkischer Imam der islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, in Wien Favoriten, bezeichnete in seiner Freitagspredigt Frauen als *„teuflische Wesen, deren Natur nicht verändert werden könne“*.

Ein aus Bosnien stammender Imam in Wien Leopoldstadt schürt den Haß gegen Juden, Christen, Atheisten und Frauen. Er und seine Gefolgschaft wollen bereits mehrere militärische Übungen mit Waffen in Wäldern rund um Wien absolviert haben. Ein ägyptischer Prediger in Graz bezeichnete christliche Österreicher öffentlich als *„Nachkommen von Affen und Schweinen.“* Ein Prediger aus Gaza hetzte gegen die Verhelichungen muslimischer Männer mit Christinnen und Jüdinnen und bezeichnete westliche Frauen als Huren, sowie den Papst als Narren, der nicht einmal wert sei, ein Nagel in der Sandale des Propheten Mohamed zu sein.“

■ Schöne neue Welt

Anderswo wird hingegen bereits sehr intensiv über die Umgestaltung der Welt nachgedacht. Internationale Zukunftsexpertisen der Bilderberger (einem informellen Club von Mächtigen, die auf internationaler Ebene im großen Stil politisches und wirtschaftliches Schach zu spielen versuchen) sowie das Council of Foreign Relations und andere haben ganz konkrete Pläne entwickelt, die mit Verschwörungstheorien nichts zu tun haben.

Dr. Pierre Hillard, Historiker und Politikwissenschaftler in Paris, verweist auf die Umwälzungen, die in den muslimischen Ländern im Gange sind und skizziert die Entwicklung einer neuen Weltordnung, wie sie von den vorangehend genann-

ten Institutionen angedacht wird. Es geht darum, so Hillard, verschiedene Kontinentalblöcke (Europa, Afrika, Nordamerika, Südamerika) zu entwickeln und mit gleichen Gesetzen auszustatten. Die Gesamtheit dieser Blöcke soll die Struktur einer Weltregierung bilden, die eine gleichförmige und nomadenhafte Menschheit vereint. Für die tausendjährigen Kulturen einzelner Länder, ja ganz Europas, sowie für die diese Ländermasse verbindende christliche Religion ist hier kein Platz mehr.

Die totale Vermischung von Religion, Kultur, Rasse und Nationalität ist angesagt. So wie jeder Hitlers „Mein Kampf“ lesen konnte, in dem der Diktator seine Pläne deutlich für jene, die sie verstehen wollten, darlegte, bietet auch das Internet heute die Möglichkeit, an Informationen zu gelangen, die eine neue Welt konzipieren. Alles ist offengelegt und nachzulesen, nur scheint es die Wenigsten zu interessieren.

■ Was machen die christlichen Kirchen und der Papst?

Es stellt sich die Frage, was die christlichen Kirchen und Religionsgemeinschaften unternehmen und welche Zeichen sie setzen, um der islamischen Entwicklung Grenzen zu setzen? Vor allem auch: Was macht der Papst in Rom? Haben wir je ein klares Statement gegen die Islamisierung des einst christlichen Abendlandes von ihm gehört?

Was aus dem Vatikan zu vernehmen ist, sind lediglich Be-

schwörungen, den Frieden in einer Gesellschaft zu bewahren, die drauf und dran ist, gegenüber dem Islam eine Bastion nach der anderen aufzugeben. Wo bleibt ein klares Wort zur Stärkung der Identität des Christentums? Wo wird zum Ausdruck gebracht, dass alle Religionen mit Respekt zu behandeln sind, aber jedes Gebiet, jedes Land, jede Ländergruppe das Recht, ja die Pflicht hat, ihren eigenen Glauben zu verteidigen, wenn er angegriffen wird?

Überall lesen wir, dass die Christenverfolgungen immer mehr zunehmen. Ganz besonders ist das der Fall im Einflußbereich der Islamisten im Mittleren Osten durch den immer stärker werdenden „Islamischen Staat“ (IS), aber auch in Afrika, Nordkorea und in zahlreichen anderen Ländern. Wir hören von guten und bösen Islamis, vermissen aber die Erkenntnis, dass je mehr Muslime kommen, desto größer auch die Gefahr ist, dass eben damit auch immer mehr Gruppen von Terroristen unerkannt im Gefolge der Immigration ihre Positionen in Europa aufbauen.

Die russische Historikerin Natalija Narotshnikzka kritisiert die „absurden Formen der Toleranz“, die im Westen geübt werde. Der Westen habe aufgehört, ein Träger christlicher Werte zu sein, die ihm bei Migranten Achtung einbringen. Angesichts libertärer Dogmen, die ins Absurde übersteigert wurden, sei der Westen unfähig, adäquate Antworten zu geben. Die Toleranz habe in Europa „Formen angenommen, die nichts mit Meinungsfreiheit zu tun hat.“

■ Das türkische Beispiel

In der Nachbarschaft Europas findet gerade ein illustratives Feldexperiment statt. Der türkische Präsident Erdogan zeigt den Weg der Islamisierung vor: der laizistische Staat Atatürks wird konsequent



in eine islamische Republik verwandelt. Trotzdem stoppt die EU nicht die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.

Offiziell verurteilt die türkische Regierung natürlich den Terroranschlag als barbarisch und formell wird Frankreich der Solidarität der Türkei versichert. Gleichzeitig zeigen publizistische Strömungen aus dem Lager der regierenden islamisch-konservativen AKP ein bedenkliches Verständnis für die Attentäter. Einige Erdogan nahestehende türkische Gazetten, so war in der Wiener Zeitung zu lesen, vermitteln in ihren Schlagzeilen das Motiv, die tödlichen Attacken zu rechtfertigen. „Yeni Akit“ titelte beispielsweise in seiner Online-Ausgabe wenige Stunden nach dem Pariser Überfall: *„Angriff auf Magazin, das Muslime provozierte.“* Und auf der Facebookseite der selben Zeitung ergingen sich Leser in blutdürstigen Kommentaren, in denen sie den Anschlag als Rache für den Abdruck von Mohammed Karikaturen bezeichneten. Ein Nutzer des Mediums schrieb: *„Ich hoffe, sie werden weiter Ungläubige töten“*; ein anderer bekräftigte: *„Ich danke jenen, die das taten“*.

1529 und 1683 gelang es den Türken nicht, Wien zu erobern. Heute scheint dies nicht mehr ausgeschlossen. Schuld daran sind wohl auch die Pariser Friedensverträge nach dem ersten Weltkrieg. Sie haben nicht nur Deutschland extrem geschwächt und als Folge der Demütigung den Nationalsozialismus hervorgerufen, sondern auch das christlich multinationale Österreich-Ungarn zerstört und damit, wie sich heute zeigt, die Widerstandskraft Mitteleuropas gegen den angreifenden Islam gebrochen. Aber Frau Merkel, Herr Gauck und in ihrem Schlepptau viele andere deutsche und leider auch österreichische Politiker wollen das nicht sehen. Sie verschließen auf sträfliche Weise ihre Augen davor, dass mit dem Islam Dschihadisten, Anhänger

des IS, vor allem aber auch Gruppen von Leuten aus dem Syrienkrieg zurückkehren, die, ideologisch indoktriniert, wandelnde Zeitbomben darstellen und überdies frustrierte Jugendliche aus einem substandardisierten Flüchtlingsmilieu als neue Kämpfer aktivieren?

In der letzten Phase des weströmischen Reiches wollten die andrängenden Westgoten, Ostgoten und Vandalen Bestandteil des römischen Reiches werden, nicht dieses zerstören. Sie paßten sich auch in der Religion den Christen an und wendeten sich von ihren heidnischen Kulturen ab. Heute geschieht genau das Gegenteil. Die christlichen Strukturen des Abendlandes werden, auch Dank der Politik der Kirchen und der ehemals christlich orientierten Volksparteien, immer schwächer.

Als Lösung seiner Erkenntnis, wonach der Islam ein Teil unserer Gesellschaft ist, zeigt Mitterlehner aber nicht etwa Möglichkeiten zur Begrenzung einer zügellosen Zuwanderung auf, fordert nicht die unmittelbare Abschiebung straffällig gewordener Immigranten oder eine Limitierung der Immigration, um den rapide um sich greifenden Zuzug fremder Kulturen nach Österreich zu verhindern. Nein, Reinhold Mitterlehner will den Religionsunterricht „weiterentwickeln“, um Ethikunterricht und den wertschätzenden Vergleich der Religionen zu stärken. Sonst nichts.

Die Meinung des überwiegenden Teils der Bevölkerung scheint ihren eigenen Vertretern egal zu sein. Empörungsdemokratie wäre angesagt.

Die Erosion des abendländischen Emp-



Die Warteschlange der Abzuschiebenen bleibt aus.

findens kommt manchmal leise und in kleinen Schritten, wenn zum Beispiel Kreuze in den Klassenzimmern verboten werden, wenn der Nikolaus zugunsten von Halloween verschwindet, wenn Weihnachten zum Lichterfest verkommt oder wenn, wie man liest, in der street art in Wien plötzlich arabische Kalligraphie auf den Wänden erscheint.

Irgendwie fühlt auch der Geduldigste, dass das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Heute frißt die Revolution nicht mehr ihre Kinder, wie seinerzeit in Frank-

reich, sondern ihr geistiges Produkt, die Demokratie. Und zwar deshalb, weil die Demokratie von ihren parlamentarischen Vertretern völlig verformt wurde, den Vorstellungen der Bürger nicht mehr entspricht, die Wünsche der Menschen nicht mehr zur Kenntnis nimmt und damit ihren Namen nicht mehr verdient.

Die Ängste und Bedürfnisse der Bevölkerung zu mißachten, den Willen des Volkes zu negieren, ist jedoch ein gefährlicher Mechanismus. Auf die Dauer war dies in der Geschichte niemals möglich. ■

Norbert van Handel

Norbert van Handel entstammt einer Familie, die bereits im 13. Jh. in Nordbrabant ansässig war. Nach seinem Studium (Jus, Wirtschaftswissenschaft und Geschichte) war Dr.v.Handel zunächst in der öö-Wirtschaftskammer tätig. In weiterer Folge übte er leitende Funktionen in der Wirtschaft und öffentlichem Leben aus, u.a. als Aufsichtsrat und Vorstand von Brauereien, Vizepräsident der Niederländischen Handelskammer in Österreich, sowie als Prokurator des St. Georgs-Ordens.



Apropos:



Wir lieben Menschen, die frisch heraussagen, was sie denken, vorausgesetzt, sie denken das selbe wie wir.

Mark Twain





DIE GEFESSELTE MEINUNGSFREIHEIT

Wenn Menschen im eigenen Land nicht mehr auf friedliche Weise ihre Liebe zu diesem Land bekunden und zeigen dürfen, daß sie sich von anderen Kulturen bedroht fühlen, wenn die Polizei von verummten Rabauken mit Pflastersteinen und Feuerwerkskörpern beworfen wird und wenn Bürger an ihrem demokratischen Demonstrationsrecht gehindert werden, wie das alles in Dresden, Leipzig oder auch Wien geschah, dann möchte man gern wissen, welchen Anteil die Medien daran haben. Ihre Rolle im politischen Getriebe muß nach den jüngsten Ereignissen ebenso hinterfragt werden, wie das leere Pathos der Meinungsfreiheit für die Bevölkerung.

Zu prüfen ist zunächst, was es mit dem zornigen Ruf „Lügenpresse“ auf sich hat, der bei fast allen Demonstrationen zu hören war. Das Signalwort bewirkte bei den Medien eine so starke Entrüstung, daß es von einer obskuren „unabhängigen Jury“, deren Zusammensetzung ein Geheimnis blieb, flugs zum Unwort des Jahres 2014 gekürt wurde. Der sprachliche Bannfluch ändert jedoch nichts daran, daß „Lügenpresse“ ein Krisensymptom kennzeichnet, nämlich den tiefen Zweifel der Bevölkerung an ihren Informationsquellen. Das Wort rückt in seiner Drastik erbarmungslos ins Licht, daß zwischen der mehrheitlich vertretenen Wählermeinung und den merkwürdig konformen Auffassungen der

Medien in zentralen Fragen der nationalen Existenz schroffe Gegensätze bestehen. Besonders bedeutsam sind die divergenten Positionen zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung in EU-Fragen, den Themenbereichen Öffentliche Sicherheit, Rechtswesen und Islamisierung. Vor allem bei den Zuwanderungsproblemen ertappt die Bevölkerung den ORF und einen erheblichen Teil der Printmedien immer wieder dabei, die Wirklichkeit anders darzustellen, als man sie persönlich im Alltag wahrnimmt. Die Medien gelten in den Augen sehr vieler Menschen als Verbündete fremder Interessen und als Verfechter einer Verhaltenskultur, die sich nicht mit der eigenen deckt.

■ Verschwiegenes Geschehen

Lügen ist nur eine Seite des Medienmißbrauchs, Verschweigen und Unterdrücken von Informationen die andere. Zu den vielen Vorfällen, über die in Deutschland und in Österreich in der jüngsten Vergangenheit so gut wie gar nicht berichtet wurde, zählen zum Beispiel diese:

In der Nacht zum 8.Jänner wurde von ca 50 Maskierten aus der linken Szene im Leipziger Stadtteil Cannowitz ein Polizeiposten mit Pflasterstei-



nen angegriffen. Fensterscheiben gingen zu Bruch; es entstand erheblicher Sachschaden. In den Medien stand nichts;

Am 16.1. sind rund 600 Links-Autonomie randalierend durch Leipzig gezogen, haben Nebelgranaten geworfen, Verkehrsschilder herausgerissen und Häuser mit Pegida-feindlichen Parolen besprüht. Drei Rabauken wurden verhaftet; die Polizei ermittelt gegen sie wegen Landfriedensbruchs. Der Vorfall wurde von kaum einer Zeitung erwähnt.

Nach der Leipziger Demonstration am 22.1. hieß es im ARD-Teletext lapidar: „Nach Angaben der Polizei wurden Böller und Flaschen geworfen. Mehrere Menschen seien leicht verletzt worden. Es habe auch Angriffe auf Journalisten gegeben“. Daß die Gewalttaten von den Gegnern der „Legida“ - Demonstration verübt wurden, blieb unerwähnt.

Am 24.1. wollten in Hamburg 150 besorgte Eltern gegen den Sexualunterricht in Grundschulen demonstrieren. Sie wurden von ca 600 linksgerichteten Gegendemonstranten mit Schneebällen, Böllern und Flaschen beworfen. Eine Person hat dabei eine Platzwunde erlitten. Die Medien blieben wieder einmal stumm.

Am 28. 1. haben verummte Täter zum zweitenmal - diesmal im Leipziger Stadtteil Plywitz - eine Polizeistation mit Farbbeuteln und Steinen angegriffen. Das Presseecho blieb aus.

Charakteristisch für die TV-Berichterstattung über alle Pegida-ähnlichen Demonstrationen war ganz allgemein ein starkes

Unterspielen der Teilnehmerzahl und der Verzicht auf die bildliche Darstellung von Radauszenen der Gegendemonstranten, unter denen sich unverkennbar viele Zuwande-

rer befanden. Weitgehend unterblieben ist überdies die Darstellung von gegnerischen Haßparolen wie zum Beispiel „Deutschland verrecke!“ und nicht zuletzt die systematischen Behinderungen des Demonstrationsrechts durch die Anti-Pegidaaktivisten, allerdings auch durch die Staatsmacht. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, daß in Leipzig ein Teil der Gegendemonstranten offenbar aus dem Kreis der Hartz-IV-Empfänger gefischt und mit 25 Euro abgegolten wurden. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, daß dieser von der CDU-Abgeordneten Vera Ließfeld kolportierte Sachverhalt weder publiziert, noch diskutiert, noch dementiert wurde.

■ Die Dramaturgie der Talkshows

Ein Kapitel für sich sind in Deutschland und Österreich die Talkshows zum Thema Islamisierung und Zuwanderung im Hinblick auf die Auswahl von Diskutanten, Publikum und Gesprächsführung der Moderatoren. Ein besonders abschreckendes Beispiel dafür lieferte eine ARD-Sendung von Anne Will, in der die wackere CDU-Abgeordnete Erika Steinbach praktisch allein gegen Moderatorin, Diskutanten und den überwiegend aus dem Migrantenmilieu stammenden Claqueuren anzukämpfen hatte. Ergebnis: Tosender, lang anhaltender Beifall für die mit flackern dem Blick vorgetragenen Haßtiraden des türkischstämmigen Mehmet Gürcan Daimagüler, den Islam-Forscher Bassam Tibi und die mit allen linksradikalen Vorurteilen ausgestattete SPD-Abgeordnete Manuela Schwesig, tödliches Schweigen nach den Wortmeldungen der einsamen Steinbach.

■ Die österreichische Szene

Auch in Österreich war die Berichterstattung über islamkritische Aktionen einseitig und subjektiv. Das ist nicht weiter verwunderlich, wenn man bedenkt, daß in die Redaktionsstuben, insbesondere die

Die „treffenden Argumente“ der Multi-Kulti Befürworter. Oftmals sind diese auch vom Staat finanziert.



des ORF, seit Jahren ganz systematisch Migranten eingeschleust werden. Die ehemalige Ö-1-Programmchefin Betina Roither erklärte (lt. Wiener Zeitung) schon vor längerer Zeit unverblümt, Bewerber zu bevorzugen, bei denen ein Migrationshintergrund vermutbar ist. Auch die Politik solle sich darauf besinnen, daß Österreich ein Einwanderungsland ist. Im Klartext: Wir sollen uns gefälligst anpassen an den Habitus derer, die aus fremden Kulturen kommen, nicht umgekehrt.

Mit der Absicht, den österreichischen Journalismus mit Zuwanderern anzureichern, verbindet sich das Bestreben, unserer Gesellschaft ein anderes Gesicht zu verleihen und die traditionellen Strukturen zu verändern. Darin liegt etwas Zerstörerisches, Destruktives.

■ Die Macht der Schleusenwerter

Was durch das Wirken der Multi-Kulti-Philosophen in der Medienwelt schon jetzt stark spürbar ist, sind die sogenannten gatekeeper-Effekte. Darunter versteht die Kommunikationsforschung das Sieben von Nachrichteninhalten nach ihrer Wertigkeit und Wünschbarkeit durch redaktionelle Schleusenwärter. Die gatekeeper entscheiden darüber, was an die Öffentlichkeit weiterbefördert oder zurückgehalten wird. Sie bestimmen aber auch darüber, wie etwas gelesen und verstanden werden soll. Daß die Wertigkeit von Nachrichteninhalten schon jetzt eine links-grüne Färbung aufweist, wird durch das jüngste Geschehen deutlich belegt. Zu befürchten ist eine noch weiter zunehmende Tabuisierung von Berichten, die nicht dem mainstream-Denken entsprechen, beispielsweise solchen, die die Gefahren des Islam und die Nachteile der Zuwanderung beschreiben.

Neben dem besagten gatekeeping sind die Journalisten noch von einem ande-

ren Virus befallen, - dem unkritischen Nachbeten von stereotypen Formeln und Vorbehalten. Einer der Urväter der amerikanischen Kommunikationsforschung, Walter Lippmann, hat in diesem Zusammenhang schon vor fast einem Jahrhundert sehr treffend von „pictures in our heads“ gesprochen. Die fixen Vorstellungen sind eine subjektiv empfundene Pseudowirklichkeit und gaukeln häufig Bilder von Nationen, Rassen, Klassen, Unternehmen oder politischen Bewußtseinslagen vor, die oft ganz und gar nicht der Realität entsprechen. Was politisch ins Gewicht fällt und weitreichende Folgen haben kann, ist der Nimbus des Absoluten, den die fixen Vorstellungen entwickeln gemäß der Überzeugung: *„Ja, so und nicht anders ist es.“* Eine dieser irrationalen Stereotypen lautet: *„Wer vor Islamisierung und hypertropher Zuwanderung warnt, ist rechtsradikal, reaktionär, rassistisch, böse und gefährlich“.*

■ Arsenal von Vorurteilen und Plattheiten

Der Bazillus der fixen Vorstellungen stößt in der Medienwelt auf sehr wenig Abwehrkraft und ist somit hoch infektiös. Er erfaßt keineswegs nur einzelne Journalisten, sondern ganze Redaktionsgemeinschaften. Die publizistischen Krankheits-symptome manifestieren sich in einem reichhaltigen Arsenal an Vorurteilen und sprachlichen Plattheiten, mit denen Kommentatoren und Moderatoren ihre missionarische Aufgabe, die Erziehung einer vermeintlich uneinsichtigen Bevölkerung, betreiben.

Als eine Art von medialer Gewerkschaftsvertretung der moslemischen Zuwande-

Apropos:

Die 68er und Gutmenschen glauben, erst durch sie sei Österreich ein freier Staat geworden.



rer sind die Tageszeitungen Kurier und Standard anzusehen. Besonders angetan als Kennzeichen der ethnischen Buntheit haben es ihnen die Kopftücher der weiblichen Islamis, für die beide Blätter am 5. Feber eine Lanze brachen. Der Kurier titelte 6-spaltig: „Kopftuchverbot löst Kopfschütteln aus“ und polemisierte in diesem Zusammenhang gegen die ehemaligen ÖVP-Politiker Neisser und Riegler. Der Standard erhob am selben Tag unter dem 4-spaltigen Titel „Heinisch-Hosek gegen Kopftuchverbot“ massive Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit eines derartigen Verbots. Bezeichnend für den Kurier war in der jüngsten Vergangenheit ansonsten ein Aufmacherbericht über Kurse für linke Demonstrationsteilnehmer gegen die Akademikerbälle in Wien und Graz mit genauer Beschreibung der Veranstaltungsorte. Im Begleittext zu einem Photo von sitzenden Demonstranten hieß es: *“Blockieren will gelernt sein - bis zum 30. Jänner gibt es workshops, die das richtige Sitzenbleiben lehren.“* Nicht zur Diskussion gestellt wurde in dem Bericht, wie sich das Blockieren einer friedlichen Veranstaltung mit den demokratischen Rechten der politischen Gegner verträgt.

■ Die ungleichen Freiheitsrechte

Mit der Pressefreiheit ist das so eine Sache. Natürlich muß sie konsequent verteidigt werden. Die Freiheit des Worts und der Gedanken ist nun einmal ein Kernstück der Demokratie. Aber warum nur für die Medien? Warum nicht auch für die breite Bevölkerung, die bei der Verteidigung ihres Wertekanons oft ganz andere Standpunkte vertritt als Fernsehen und Gazetten? Warum wurde nach dem blutigen Terrorakt von Paris immer nur von der Pressefreiheit geredet und nicht auch von der Freiheit der Bürger, ihre Standpunkte frei und ohne moralischen

Druck verteidigen zu dürfen?

Keine Angst, die Pressefreiheit ist hierzulande nicht wirklich bedroht, jedenfalls nicht von den Muslimen, deren Anliegen bei TV und Print bestens aufgehoben sind. Die Gefahr besteht bei uns nicht in einem Manko an Medienfreiheit, sondern im Übermaß eines links-grünen Meinungskonformismus. Er hat ein Klima geschaffen, in dem der demokratische Diskurs über Islam und Zuwanderung immer schwieriger wird. Was Fernsehen, Radio und ein Großteil der Printmedien derzeit produzieren, ist nicht die objektive, ausgewogene Unterrichtung über Sachverhalte sondern ein Zeitgeist, der der Gesellschaft immer mehr ihre Wesenszüge raubt und sie zugleich destabilisiert.

■ Teilnehmerzahlen: Kein Indikator für das Meinungsklima

Die neue Strategie der Multikultibefürworter besteht darin, die Kritiker einer ungebremsten Zuwanderung als eine kleine, sektenartige Schar von notorischen Ausländerhassern zu stilisieren. Die geringen Teilnehmerzahlen der jüngsten pegida-artigenden Veranstaltungen scheinen das auch zu bestätigen. In Wirklichkeit handelte es sich bei den ausgedünnten Demonstrationen um nichts anderes als um eine politoptische Täuschung. Die geschrumpfte Zahl der Marschierer läßt allenfalls auf die Unfähigkeit von Organisatoren, vor allem aber auf die Unlust der schweigenden Mehrheit schließen, sich zu Demonstrationen auf die Straße zu begeben und sich von einem organisierten Pöbel beschimpfen zu lassen. Es ist ein profunder Irrtum, die öffentliche Meinung am niedrigen Organisations- und Mobilisierungsgrad von pegida-ähnlichen Events zu messen und als Indikation für einen Stimmungswandel auszulegen. Was den Stil der Pro- und Kontrademonstrationen betrifft, ist es grundsätzlich falsch, Regelverstöße von Einzelpersonen zu verallgemeinern und eine politische



Partei oder eine Bewegung an ihren Außenseitern zu messen. Wichtig ist es, zu prüfen, welche Qualität eine Gruppe als Ganzes besitzt. Unter diesem Aspekt besteht freilich ein ernsthafter Zweifel daran, daß es sich bei den Gegnern von Pedigademonstrationen oder den Störenfrieden des Wiener Akademikerballs wirklich nur um Außenseiter gehandelt hat. Attentate auf die Bahnlinie Dresden-Leipzig oder die mit Schlagstöcken, Messern, Pyrotechnik und Sturmhauben ausgerüsteten

Busbesetzungen, die aus Tschechien und Bayern zum Akademikerball anreisten, widerlegen die Außenseitertheorie des rot-grünen Protestes sehr eindeutig.

Ungeachtet des beschämenden Hintergrunds durfte der grüne Linksaußen Peter Pilz den Akademikerball im ORF minutenlang und unwidersprochen als Schande für Österreich beschimpfen.

Eine traurige Realität. ■

EPISODE

Es war der 16. 1. 2015. Nachdem ich auf der Post war, kam ich bei der Bäckerei vorbei und wollte ein Gebäck kaufen. Vor mir ging eine Mutter mit ihren beiden Kindern in das Geschäft. Die Backwaren luden in der beleuchteten Glasvitrine goldfarbig und semmelbraun zum Mitnehmen ein. Das kleine Mädchen drückte die Nase an die Scheibe und war mit dem Betrachten der Köstlichkeiten beschäftigt derweil die Mutter ihre Bestellung abgab. Der Bub, mindestens 11 Jahre alt, trug eine helle Cargohose. Aus der linken Hosentasche ragte eine Spielzeug-Kalashnikov, in der rechten Hand hielt er einen Spielzeugrevolver und in der Brusttasche seiner Jacke steckte noch ein weiteres Waffenteil.

Ob er was aussuchen dürfe, fragte der Bub seine Mutter. Einen Nougattaler. Ja sagte die Mutter. Ob er zwei haben dürfe, "Ich habe Hunger". Die Mutter sagte ein entschiedenes Nein; "Nougattaler sind nicht gegen Hunger". Der Bub richtete spontan die Pistole gegen den Kopf seiner Mutter und zog ab. Es gab ein Schussgeräusch.

Alle waren ruhig, das kleine Mädchen, die Mutter, der Junge, die Verkäuferin und ich. So ist es also, dachte ich: Entweder den Schokoladentaler oder ,Mut-

ter, ich knall dich ab.' Die Verkäuferin und ich warfen uns einen betroffenen Blick zu und warteten auf eine Reaktion der Mutter. Aber sie tat nichts der dergleichen, kramte nur aus ihrem Portemonnaie das Geld heraus und zahlte. Die Verkäuferin reichte ihr die Tüten.

Hey, wollte ich zum Buben sagen, hey, weißt du nicht was vorige Woche in Paris passiert ist? Und gestern in Verviers, in Belgien? Und in Nigeria und in, und in...? Sorry, für ein Cowboyspiel in der Bäckerei bist du schon über die Zeit hinaus, wollte ich sagen. Strebst du vielleicht eine Laufbahn fernab unseres Städtchens an? In Syrien vielleicht, oder im Irak?

Die Mutter verließ mit ihren Kindern den Laden. Die Verkäuferin sagte danach, wenn es ihr Kind gewesen wäre, dann hätte sie ihm eine gezischt.

Eine zischen? Das geht gar nicht. Ist schon lange verboten. Oder vielleicht doch nicht? Der Papst soll ja neuerdings anderer Meinung sein.

Ich verabschiedete mich und machte mich in Gedanken auf den Heimweg.

Tanja Leopold





UMSTIEG ZUR BESCHEIDENHEIT

von Ernst Reif

Die Wachstumsraten der Nachkriegszeit sind eine bereits ferne Vergangenheit. Sie fielen in eine historische Ausnahmeperiode, die sich nach einvernehmlicher Meinung fast aller Experten so bald nicht mehr wiederholen wird. Die Bevölkerung ist jedoch auf lang anhaltende Phasen eines stagnierenden, oder sogar sinkenden Wohlstands innerlich nicht vorbereitet. Die Suche nach einer mentalen Heimat für das Glücksempfinden ist das Thema, mit dem sich Ernst Reif in der Folge aus kulturhistorischer Sicht beschäftigt.

Wir leben in einer Überflussgesellschaft, die bald an ihre Grenzen stossen wird. Der Ruf nach mehr Bescheidenheit ist daher ein Gebot der Vernunft, zumal wir wissen, dass die Unersättlichkeit uns nicht glücklicher gemacht hat. Mass halten bietet sich als einzige wirksame Möglichkeit an, unseren Nachkommen eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen.

Laut Wikipedia ist Bescheidenheit, auch Genügsamkeit, eine Verhaltensweise von Menschen, wenig von etwas für sich zu beanspruchen, selbst dann, wenn die Möglichkeit der Vorteilnahme besteht. Sie bedeutet auch, zugunsten anderer auf etwas zu verzichten, ein, wie mir scheint, wichtiger Aspekt.

Bescheidenheit und Demut werden viel-

fach synonym verwendet. Bei einem bewussten Sprachgebrauch aber haben sie eine unterschiedliche Bedeutung trotz begrifflicher Nachbarschaft. Grundsätzlich bezieht sich die Bescheidenheit auf den zwischenmenschlichen Umgang, die Demut hingegen auf das Verhältnis des Menschen zu Gott, aber nach neuerem Verstehen weit gefasst.

Die Bescheidenheit ist schon bei *Aristoteles* eine Charaktertugend. Im Mittelalter entspricht der Ausdruck Bescheidenheit dem lateinischen *prudencia*, *sapientia*, also Klugheit oder Weisheit. Erst seit *Martin Luther* wird Bescheidenheit im Deutschen auch gebraucht für die lateinischen Begriffe *moderatio*, *modestia*, also für Zurückhaltung, ähnlich wie heute. Die *moderatio*, die Zügelung im menschlichen Handeln, wird im 12. und 13. Jh. der *temperantia*, der Mässigung nahegestellt. *Thomas v. Aquin* betrachtet sie als Unterordnung der vier Kardinaltugenden. Der Katechismus der katholischen Kirche erwähnt sie als eine der „12 Früchte des hl. Geistes.“ Im Neuen Testament setzt Lukas allerdings die Bescheidenheit der Demut und Selbsterniedrigung gleich und schreibt in 18,14: „Wer sich selbst erniedrigt, wird erhöht werden.“ *Friedrich Nietzsche* bildete daraus in seiner Kritik der christlichen Ethik den ironischen Satz: „Wer sich selbst erniedrigt, will erhöht werden.“

■ Rückkehr zur Einfachheit

Papst Franziskus hat die Herzen der Weltöffentlichkeit gewonnen durch seine *herzliche* Bescheidenheit. Diese positive Resonanz wirkt wie ein positives Aufatmen, denn siehe da, die Bescheidenheit bekommt bei vielen wieder einen Stellenwert. Die Zeitschrift „Magazin“ pries sogar in einem eigenen Heft „das Vergnügen, bescheidener zu werden“ mit Nachdruck an. Eine alte Tugend scheint in den übersättigten westlichen Gesellschaften wieder im Kurs zu stehen, die Sehnsucht nach dem Einfachen! Die Überflusgesellschaft befindet sich in einer Sinnkrise. Effizienzsteigerung allein ist überholt, die Beschränkung auf das Genügende ersetzt die Suche nach dem Mehr. Damit sind wir beim Problem der Grenze zwischen genug und zu viel. Wie andere Tugenden wird die Bescheidenheit durch Handlungen begründet und bedarf der Einübung. Sie verdankt ihr Mass der wiederholten und tätigen Erfahrung dessen, was man gut finden kann. Dabei ist zu beachten, dass wir unsere persönlichen, wichtigsten Eigenschaften kultivieren und koordinieren müssen, wie Martin Seel feststellt. Daher ist die erstrebenswerte Bescheidenheit nicht für jeden gleich. Weder übertriebener Genuss noch eine ebensolche Entsagung sind empfehlenswert. Dieser Grundsatz gilt jedenfalls.

Nimmt man Bescheidenheit ernst, geht das in keinem Fall schmerzfrei. Man muss sich bewusst Gelegenheiten des Genusses entgehen lassen. Selbsteinschränkung, Zügelung des eigenen Begehrens lautet die Devise. Ein bescheidener Mensch kauft weniger, wodurch er sein „Ansehen“, das er in seinem Umfeld haben könnte, allenfalls mindert. Das wieder lässt sich mit der üblichen menschlichen Eitelkeit für viele nur schwer vereinbaren.

Das „Vergnügen“ bescheidener zu werden, kann also nur ein moralisches und kein hedonistisches sein. Man muss überzeugt sein, dass ein vernünftiger Verzicht Sinn und daher glücklich macht und mehr Freiheit bringt. Das heisst aber, dass er *freiwillig und daher rechtzeitig* geübt werden muss, um einem *Zwang* zur Genügsamkeit nach erfolgten wirtschaftlichen Fehlleitungen zuvorzukommen. Nur so kann sich eine *Kultur der Genügsamkeit* entwickeln. Diese Überlegungen zeigen, dass ein Verzicht letztlich nur dann sinnvoll ist, wenn er sich nicht nur auf persönliche Befriedigung beschränkt, sondern auch andere etwas davon haben. Ohne diesen Nutzen für andere läuft Bescheidenheit Gefahr, zur „Luxustugend“ zu werden, denn die Möglichkeit etwas zu geben ist mit der Bescheidenheit „verschwistert“, wie *Rainer Otte* das ausdrückt.

■ Ökonomie als Glaubensrichtung

Ich habe schon kurz angedeutet, dass eine angemessene Bescheidenheit allein schon aus wirtschaftlichen und sozialen Erwägungen umgehend ernstgenommen werden muss. Der bekannte und streitbare Ökonom *Thomas Sedlacek* hat in seinem Buch „Bescheidenheit - für eine neue Ökonomie“ überzeugende Argumente dafür, dass über philosophische und psychologische Überlegungen hinaus wirtschaftliche Erfordernisse uns nahezu zwingen, uns auf eine bescheidenere Lebensführung möglichst schnell einzustellen.

Anstelle des ewigen Streits, ob das gegenwärtige System mehr Staat oder mehr Markt braucht, werden Zweifel am Sys-





tem selbst bzw. an seinen Grundlagen geäußert. Grundsätzliche Änderungen, woran die Menschen glauben, fallen immer schwer und die Ökonomie ist ein Glaube wie jeder andere. Da ist zunächst das Streben nach *Wachstum um jeden Preis*. Ferner die Angst vor einer Verringerung des Finanzsektors, die aber nicht schlecht sein muss. Im Gegenteil, wenn dieser nämlich deutlich grösser ist als jene Sektoren, in denen etwas produziert wird, entsteht ein problematisches Ungleichgewicht. Den herrschenden Machtstrukturen kommt das natürlich sehr entgegen. Wachstum ist nicht immer etwas Normales, *wenn die Ökonomie vom Gleichgewicht ausgeht*: das BIP einiger europäischer Länder ist z.B. um 2 oder 3 Prozent gewachsen, aber zur selben Zeit erhöhten sich die Haushaltsdefizite um 7 bis 9 Prozent. Das von Schulden angehobene Wachstum war eine wesentliche Ursache des jüngsten Zusammenbruchs.

Beispiel USA: Seit 1960 hat sich das BIP annähernd verdreifacht, das Durchschnittseinkommen stagniert aber seit den 70er Jahren. Man muss nämlich auch die *Verteilung des neugeschaffenen Reichtums* berücksichtigen. Es hat bekanntlich nur eine kleine Gruppe profitiert. Der *Unterschied* zwischen Armen und Reichen hat *extreme Ausmasse* angenommen. Dennoch, sobald das Schlimmste der Finanzkrise 2011 vorüber schien, ist die Mehrheit der Menschen wieder zur alten Denkweise zurückgekehrt.

Ein weiteres grosses Problem: Nur was auf dem Markt einen Preis erzielt, hat auch einen Wert. Daher ist unsere Wohlstandsgesellschaft ausgerichtet auf den Erwerb und den Besitz materieller Güter. Wir sollten aber lernen, auch Werte zu respektieren, die sich nicht monetär beziffern lassen. Die ökonomische Mainstream-Theorie jedoch geht davon aus, dass der

Preis, den der freie Markt bestimmt, der richtige ist. Unablässig werden auf Grund von Erfahrungen Modelle ausgearbeitet, die nur eines unterschlagen - ihre Ungewissheit! Diese einzugestehen wäre realistisch. Wenn wir weniger sicher wären und mit einem grösseren Risiko rechneten, wäre die Wirtschaft vielleicht viel stabiler. Wir sollten uns nicht auf mathematische Modelle verlassen und so tun, als gäbe es Spekulationsblasen nicht! Die Wissenschaft hilft uns in vieler Hinsicht, aber nicht in allen Bereichen. Wir sind zwar in der Lage, die Kernkraft zu nutzen, vermögen wir sie auch zu beherrschen?

Befreien wir uns von der Überzeugung, dass wir ohne ungebremstes Wachstum nicht auskommen. Befreien wir uns vom Götzendienst der BIP-Statistik. Seien wir rechtzeitig bescheidener. „Es ist besser, annähernd genau zu sein, als genau falsch zu liegen.“ (Tomas Sedlacek),

■ Soziale Marktwirtschaft, neu durchdacht

Wir sollten uns wieder zur *sozialen Marktwirtschaft*, allerdings auf der Höhe der Zeit, bekennen. Ein solches Unterfangen als unzeitgemässe Schwäche auszulegen, bleibt neokapitalistischen Eiferern überlassen. Es ist unrecht, die Moral des christlichen Abendlandes zu propagieren und gleichzeitig die erforderliche sozialpolitische Verantwortung kühl beiseite zu schieben. Wenn nicht durch gezielte, vernünftige Massnahmen die Kluft zwischen arm und reich verringert wird, ist der unverzichtbare soziale Friede ernsthaft gefährdet.





Ich bin mir bewusst, dass ein solches Umdenken in Anbetracht der fortschreitenden Globalisierung schwieriger ist denn je. Unsere Chance besteht darin, dass auch die Schwellenländer, allen voran

China, zunehmend bemerken müssen, dass zu rasches, ungebremstes Wachstum und eine rein materialistische Einstellung unweigerlich einen schmerzhaften Rückschritt mit all seinen Gefahren in sich birgt. Wir wähen uns in einem freien Wettbewerb, in dem jeder Erfolg haben kann. Dabei gehen wir von der Täuschung aus, daß die Menschen frei seien. Wenn das so wäre, würden wir nicht in einer Zeit eklatanter Ungleichheit leben: Während ein Hedgefond-Manager mehr als 1 Milliarde Dollar verdienen kann, müssen über 1 Milliarde Menschen von oft weniger als 1 Dollar täglich leben!

Das Streben nach materiellem Reichtum und Macht *ohne* Bescheidenheit führt dazu, dass ein Wirtschaftssystem die Menschen gnadenlos beherrscht und nicht, - (was es sollte) -, den Menschen zu einem besseren Leben in sozialer Ausgewogenheit verhilft. Gemeint ist eine den Umständen angemessene, *natürliche Bescheidenheit* zum eigenen, aber auch zum Wohl der Mitmenschen; eine Bescheidenheit also, die Grundlage einer echten und vertretbaren *Solidarität* wäre, die schlussendlich die gesamte Menschheit erfassen müsste. Ansonsten entwickelt sich die Globalisierung zu einer ungeahnten Bedrohung für uns alle!

Wachstums- und Wohlstandsdenken haben vor allem die Menschen in den sogenannten Problemländern wie Spanien

oder Griechenland zusammen mit billigem Geld dazu verführt, über ihre Verhältnisse zu leben. Der entstandene Scherbenhaufen betrifft uns alle. Bekanntlich gehen nämlich Verschuldenskalküle ohne Wachstum nicht auf. Reine Konsumgesellschaften tendieren aber offenkundig dazu, das Ausmass an Verschuldung stetig zu erhöhen. Damit werden zusehends Forderungen an die Gegenwart gestellt, die sich nicht mit den gegenwärtigen Möglichkeiten befriedigen lassen. Sie belasten unverfroren die Zukunft und damit die nachfolgenden Generationen. Es gilt nicht ständig Mehr sondern Besseres, Nützlicheres zu schaffen und das unter *Schonung der Umwelt und der Ressourcen!* Raubbau können wir uns nicht mehr leisten.

Anstatt grundsätzliche Verhaltensforschung zu betreiben, werden mit alten, geschönten Denkmustern die Fehler wiederholt. Dass das ein schwerer Fehler ist, wusste Albert Einstein genau, indem er feststellte: „ Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“

■ Kein Verzicht auf Bildung und Leistung

Wir sind satter und langlebiger, aber sind wir auch glücklicher geworden? Umfragen zeigen, dass ab einem bestimmten gesellschaftlichen Wohlstand körperliches Wohlbefinden, gute Freunde und eine harmonische Partnerschaft wichtiger sind als hohes Einkommen und viel Besitz. Denn grenzenlos sind die Bedürfnisse der Menschen nur dann, wenn sie meinen, anderen nacheifern zu müssen, die mehr haben als sie. Zufriedenheit entsteht hingegen, wenn wir notwendige Abstriche machen, um uns den Gegebenheiten anzupassen. Das bedeutet jedoch keinesfalls, dass Bescheidenheit im Widerspruch zum Bildungs- und Leis-

tungsstreben steht, das für die Weiterentwicklung einer Gesellschaft unerlässlich ist. Entscheidend ist nur das Ziel, dem Bildung und Leistung dienen sollen.

Die Kunst der Beschränkung zu üben lautet somit die hoch aktuelle Forderung! Wir sollten es mit *Goethe* halten: „*In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister.*“

Dr. Ernst Reif

Ernst Reif war nach seinem Studium in Wien zunächst als Verwaltungsjurist beim Magistrat seiner Heimatstadt Linz, etwas später dann als Leiter der Abteilung Sozialversicherung der oö-Arbeiterkammer tätig. 1975 führte ihn sein Berufsweg in die Gebietskrankenkasse OÖ, der er ab 1985 bis zu seiner Pensionierung als Direktor vorstand. Dr. Reif war überdies langjähriges Mitglied des Linzer Gemeinderats sowie Aufsichtsrat der Sparkasse OÖ. Kennzeichnend für ihn ist ein ungemein breit gefächertes Interesse für geistes- und religionswissenschaftliche sowie gesellschaftspolitische Probleme.



Apropos:

”

Eine zunehmend säkularisierte Welt benötigt einen Ersatz für den Dekalog. Wo sind sie nur geblieben, die zehn Gebote?

“

Für Sie gelesen:

Die letzten Tage von Europa – Ein Kontinent verändert sein Gesicht

In Bezug auf Prognosen hat sich der Historiker Walter Laqueur, vor dem Krieg in Breslau geboren, nun lebt er in London und Washington, als erstaunlich treffsicher erwiesen. Vor einigen Jahren prophezeite er in einem Interview mit einer österreichischen Tageszeitung, dass mit einer Zunahme terroristischer Aktivitäten von Islamisten in Europa auch die Forderung nach einer Wiedereinführung der Todesstrafe lauter werden wird. Und so geschah es tatsächlich auch nach den Attentaten in Frankreich im vergangenen Jänner. Die Vorsitzende des national-konservativen Front National, Marine Le Pen, forderte die Abhaltung eines Referendums über die Wiedereinführung der Todesstrafe.

Eine weitere Prognose von Laqueur war ein umfangreiches Essay mit dem Titel „Die letzten Tage von Europa – Ein Kontinent verändert sein Gesicht“. Das Buch ist bereits 2006 erschienen, hat aber angesichts der Tatsache, dass die politische Klasse in den großen Fragen weiterhin untätig geblieben ist, nichts an Aktualität verloren. Die Attentate von Frankreich haben lediglich den Fokus auf die Frage der Islamisierung und der damit eng zusammenhängenden demographischen Probleme gelenkt.

Bei der Lektüre von Laqueurs Essay wird einem deutlich vor Augen geführt, dass die Demographie zum Schicksal unseres Kontinents wird. Während im Jahre 1900 noch jeder Vierte Weltenbürger ein Europäer gewesen ist, stellt Europa heute nur mehr fünf Prozent der Weltbevölkerung. Diese Tatsache alleine wäre nicht weiter schlimm, erwirtschaftet Europa doch ein Viertel des jährlichen Weltbruttosozialprodukts. Jedoch geht die Bevölkerungsab-

nahme mit einer zunehmenden Überalterung Hand in Hand. Das durchschnittliche Alter der Europäer beträgt derzeit 37 Jahre, ist also lediglich geringfügig höher als das Durchschnittsalter der US-Amerikaner mit 36 Jahren. Jedoch wird in der Jahrhundertmitte das Durchschnittsalter der Amerikaner weiterhin bei 36 Jahren liegen, während der durchschnittliche Einwohner Europas dann 53 Jahre zählt. Was zu einer Verringerung der Wirtschaftsleistung bei einer gleichzeitigen Explosion der Kosten in der Wohlfahrt führen wird.

Diese Überalterung findet trotz Masseneinwanderung statt. Eine Einwanderung aus Großteils kulturfremden Gebieten, wobei in erster Linie die Muslime eine Problemgruppe darstellen. Unabhängig davon, ob sie nach Großbritannien, Frankreich oder Mitteleuropa eingewandert sind. In Großbritannien beispielsweise schneiden die indischen Kinder in Schulen doppelt so gut ab, als die Zuwandererkinder aus dem muslimischen Pakistan. Alle europäischen Staaten sind trotz unterschiedlicher Konzepte, Multikulturalismus in Großbritannien, Republikanismus in Frankreich oder Willkommenskultur in Deutschland, bei der Integration gescheitert.

Eine aktuelle Anmerkung am Rande. Der US-amerikanische Nachrichtensender Fox-News hat nach den Attentaten von so genannten „No-Go-Areas“ in Frankreich und Großbritannien berichtet. Also Wohngebiete mit muslimischen Mehrheiten, welche Sicherheitskräfte lediglich in großer Zahl betreten. Die Reaktion der europäi-



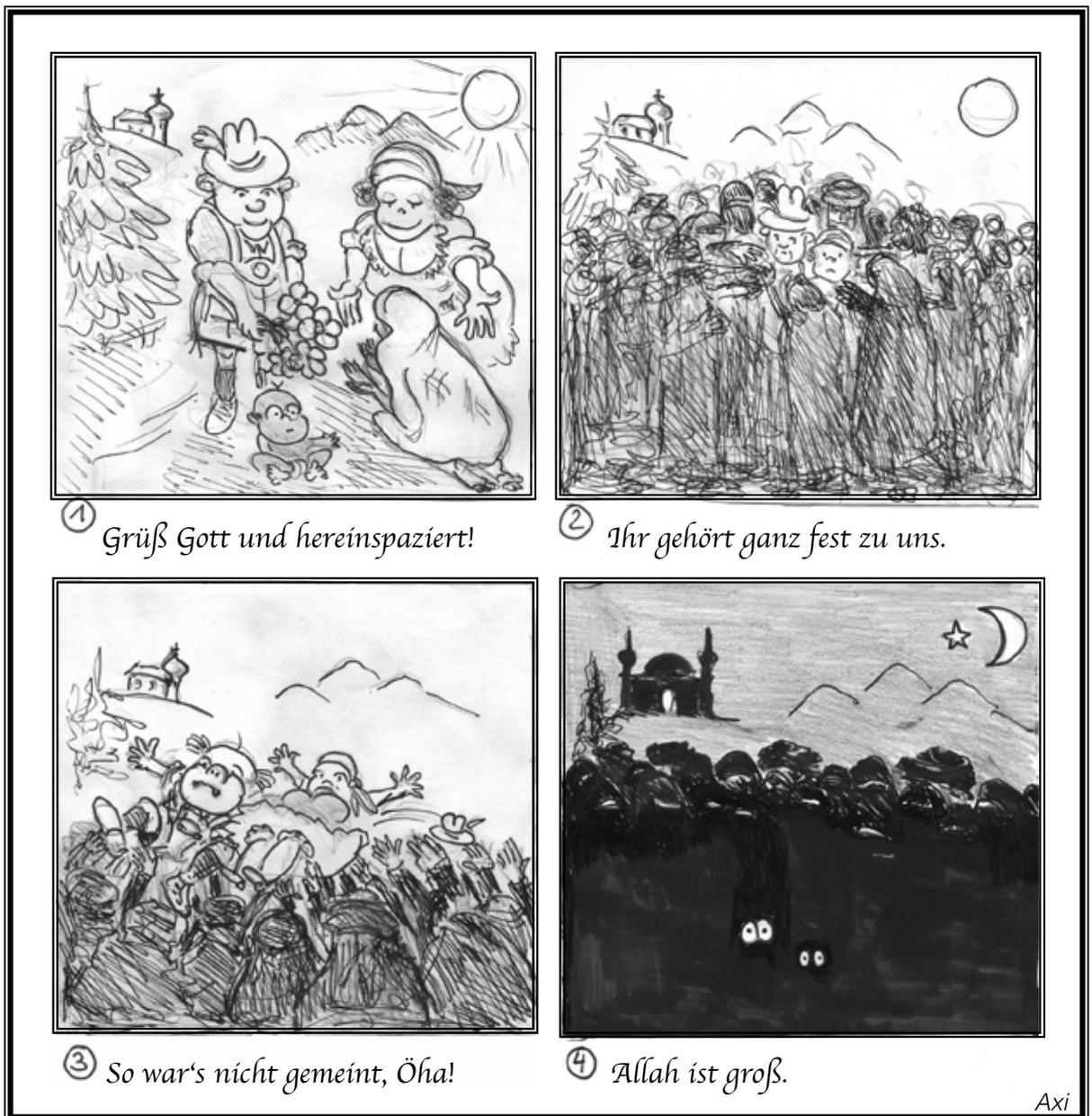
schen Medien war eine Mischung aus Empörung und Leugnung. Jedoch wurden diese „No-Go-Areas“ bereits von Laqueur im Jahre 2006 beschrieben. Eine Lektüre lohnt sich also allemal, auch für heimische Berichtersteller.

Ende seines Essays zieht: Die Rolle Europas als Mitgestalter der Weltpolitik ist ausgespielt. Wird es einen großen Knall geben? Laqueur glaubt nicht daran. Er rechnet mit einem langsamen, allmählichen Abstieg des Kontinents, der einst die moderne Welt geschaffen hatte.

Was ist nun das Fazit, dass Laqueur am

Gert Bachmann

Willkommenskultur



TÄTIGKEITSBERICHT DES ATTERSEEKREISES

Der freiheitliche Arbeitskreis Attersee hat bereits zahlreiche Aktivitäten gesetzt und daher ist es an der Zeit, den sehr verehrten Lesern unseres Reports einen Überblick in Form eines Tätigkeitsberichts zu liefern.

- **Wiederbelebung des Atterseekreises – Seminar zum Thema „Der ländliche Raum“ - 25. Oktober 2012:**

Am 25. Oktober 2012 war es so weit. Auf Initiative von Landesrat Manfred Haimbuchner und unter der Schirmherrschaft unseres Präsidenten Alois Gradauer wurde der Startschuss für die Wiederbelebung des Arbeitskreises Attersee gesetzt. Die historische Einleitung erfolgte in gewohnt kurzweiliger, launiger sowie kenntnisreicher Weise durch Univ. Prof. Dr. Lothar Höbelt, welcher einen Überblick über die Geschichte des ersten Atterseekreises bot.

Die weiteren Fachreferenten des Tages waren unter anderem Dr. Bernhard Löhri, ehemaliger Leiter der politischen Akademie der ÖVP, sowie der Meinungsforscher Wolfgang Bachmayer. Über die Inhalte des Seminars wurde auch das erste Druckwerk des Atterseekreises, die Broschüre „Der ländliche Raum“, gestaltet.

- **Buchpräsentation Europa am Scheideweg – 12. Mai 2014**

Im Mai 2014 konnte der Atterseekreis den Sammelband „Europa am Scheideweg. Zwischen Verbrüsselung und Vielfalt“



präsentieren. Aus verschiedenen Blickwinkeln analysierten zahlreiche namhafte Autoren die Herausforderungen mit welchen unser Kontinent und seine Völker konfrontiert sind.

- **Erstes Modul „Nachwuchshoffnungen“ – „Kick Off“ – Juni 2014**

Junge, engagierte sowie politisch interessierte Bürger aus ganz Oberösterreich fanden sich beim Kennenlern- und „Team-Building“-Seminar zusammen. Nach dem gemeinschaftlichen Floßbau, folgten abendliche Kamingespräche, unter anderem mit FPÖ-Landesparteiobmann Dr. Manfred Haimbuchner.

- **Erster Atterseereport – Oktober 2014**

Aus dem Buch-Projekt heraus entstand die Initiative, von Herrn Kirschhofer-Bozenhardt ein regelmäßiges Druckwerk unter seiner Ägide zu veröffentlichen. Der Atterseereport erblickte im Oktober 2014 das Licht der Welt. Das Grundthema lautete „Zivilcourage“ und sollte auch als Anregung dazu dienen sich gegen Umtriebe des Zeitgeists zur Wehr zu setzen.



- **Zweites Modul „Nachwuchshoffnungen“ – Föderalismus: Chance oder Luxus – 21. November 2014**

Klubobmann Mag. Günther Steinkellner bot bei der Fortsetzung des Projekts „Nachwuchshoffnungen“ Einblick in die Arbeit des oberösterreichischen Landta

ges, wo er auch dem Ausbau der direkten Demokratie und des Föderalismus, nach dem Vorbild der Schweiz, eine Lanze brach.



● **Zweiter Atterseereport
– Dezember 2014**

Der zweite Report erschien bereits im Dezember 2014 und befasste sich mit dem Tabuthema „Eliten“. Besonders erfreulich war die Mitwirkung des ehemaligen Chefredakteurs der Tageszeitung die Presse, Dr. Thomas Chorherr.

● **Steuerreformkonzept
– Dezember 2014**

Ein weiterer Höhepunkt des zweiten Reports war die Präsentation des Steuerreformkonzepts des Attersee-Kreises, erarbeitet vom Linzer Steuerberater Andreas Fenzl, welches sich nicht nur mit der Verschiebung der Tarife auseinandersetzt, sondern ins Detail geht, wo bekanntlich der Teufel steckt.



In diesem Tempo wird es 2015 weitergehen und wir halten Sie über den Report weiterhin auf dem Laufenden. ■

ATTERSEE-REPORT

Schriftenreihe für Gesellschaftsdiagnosen

Board of Experts:

- Dr. Adalbert Cramer, Präsident des Liberalen Klubs Oberösterreich
- Univ. Prof. Dr. Helmut Detter, TU Wien
- Komm.Rat Alois Gradauer
- Univ. Prof. Dr. Lothar Höbelt, Univ. Wien
- Dr. Peter Kraft, Linz
- Dr. Thomas Petersen, IfD – Allensbach, BRD
- Mag. Jerzy Prokopiuk, Wroclaw, Polen
- Mag. Ulrike Reisner, Wien

